



BRA 2010

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

Untergliederung 34: Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)

Ausgaben

In der Untergliederung 34 betragen die Ausgaben 338,08 Mill. EUR und somit 0,5 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 352,34 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 14,26 Mill. EUR (- 4,0 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch längere Genehmigungsprozesse zu den Programmplanungen der Forschungsförderungsgesellschaft GmbH (FFG) (- 11,44 Mill. EUR) und durch verzögerte Programmabwicklungen in der Technologie- und Forschungsförderung (- 6,27 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen geänderte Zahlungsprofile für diverse Programme der European Space Agency (ESA) (insgesamt + 16,56 Mill. EUR).

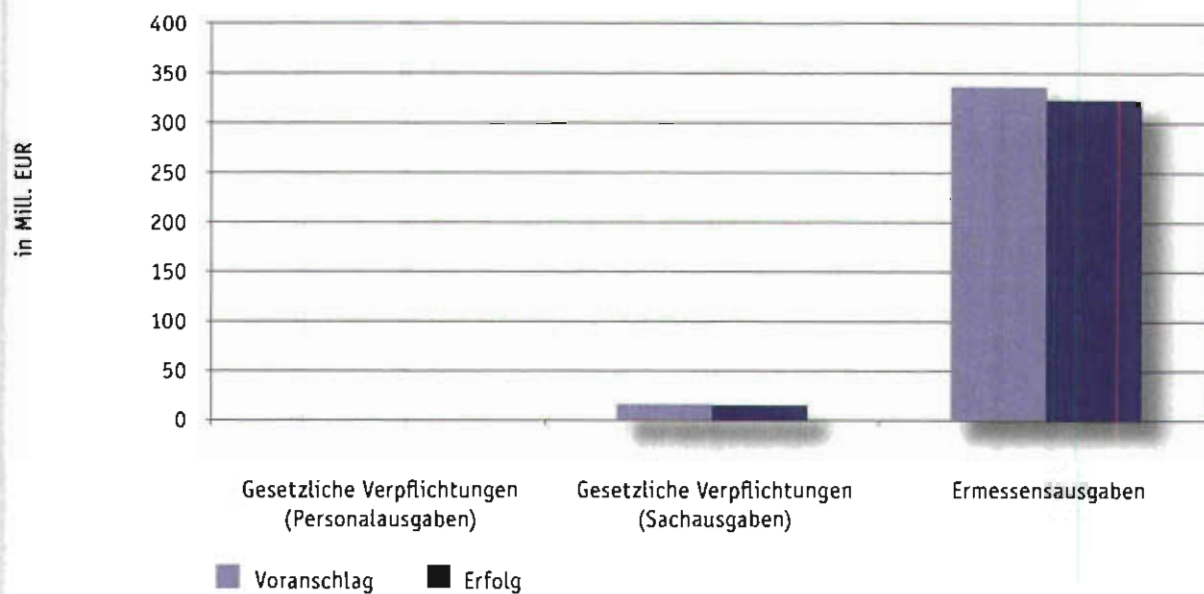
Einnahmen

Die Einnahmen betragen 2,17 Mill. EUR. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 0,01 Mill. EUR wurden 2,16 Mill. EUR (+ 27.024,7 %) mehr eingenommen.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 34	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Sachausgaben	352,34	338,08	- 14,26	- 4,0
Gesetzliche Verpflichtungen	16,03	15,05	- 0,98	- 6,1
Ermessensausgaben	336,31	323,03	- 13,28	- 3,9
Summe	352,34	338,08	- 14,26	- 4,0
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,5	0,5		

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	in Mill. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
341	Kapitalbeteiligungen	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
343	Wirtschaftlich-technische Forschung/ Technologie	66,30	68,75	+ 2,45	+ 3,7
344	Forschungseinrichtungen	286,04	269,33	- 16,71	- 5,8
	Summe Ausgaben	352,34	338,08	- 14,26	- 4,0
2/..	Einnahmen				
341	Erfolgs- und bestandswirksame Einnahmen	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
343	Wirtschaftlich-technische Forschung/ Technologie	0,01	2,17	+ 2,16	k.A
	Summe Einnahmen	0,01	2,17	+ 2,16	k.A
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 352,33	- 335,91	+ 16,43	- 4,7



BRA 2010

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	
1/343	Wirtschaftlich-technische Forschung/Technologie	
1/3437	Innovationsförderung	
1/34376	Förderungen	- 5,96 Mill. EUR
	Minderausgaben ergaben sich auf Grund von Änderungen der Zahlungsprofile im Programm zur Förderung Junger Innovativer Technologieorientierter Unternehmen (JITU).	- 5,96 Mill. EUR
1/34378	Aufwendungen	+ 16,56 Mill. EUR
	Mehrausgaben ergaben sich aufgrund von Änderungen der Zahlungsprofile bei den Programmen „ARTES“, „EOEP“ und „Earth Watch GMES“ der European Space Agency (ESA).	+ 17,52 Mill. EUR
	Mehrausgaben ergaben sich durch Auszahlungen für neue, in der Startphase befindliche Programme der European Space Agency (ESA). Zum Zeitpunkt der Budgetierung lagen dazu noch keine genaueren Informationen vor.	+ 4,28 Mill. EUR
	Minderausgaben ergaben sich durch eine Verringerung des Beitrages zum Programm "GalileoSat" der European Space Agency (ESA).	- 5,78 Mill. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 19.218.000,- EUR; BMF-112913/0023-II/10/2010 v. 10.03.2010	
1/3442	Technologie- und Forschungsförderung (wissenschaftlich)/FWF	
1/34426	Förderungen	- 6,05 Mill. EUR
	Minderausgaben ergaben sich beim Programm „Translational Research“ aufgrund von Verzögerungen beim Vertragsabschluss zur Programmabwicklung und den damit verbundenen Verzögerungen bei Auszahlungen an die Förderungswerber.	- 6,27 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/3445	Forschungsunternehmungen	
1/34456	Förderungen	- 49,08 Mill. EUR
	Minderausgaben ergaben sich aufgrund einer für das Jahr 2010 abgeschlossenen Finanzierungsvereinbarung zwischen der Republik Österreich und der AIT Austrian Institute of Technology GmbH. Aufgrund dieser Finanzierungsvereinbarung hatte die Mittelzufuhr im Rahmen einer Gesellschafterumlage anstatt einer Förderung zu erfolgen. Hierzu war eine Umschichtung auf VA-Ansatz 1/34458 in Höhe von 49,08 Mill. EUR erforderlich.	- 49,08 Mill. EUR
1/34458	Aufwendungen	+ 48,16 Mill. EUR
	Mehrausgaben ergaben sich aufgrund einer für das Jahr 2010 abgeschlossenen Finanzierungsvereinbarung zwischen der Republik Österreich und der AIT Austrian Institute of Technology GmbH. Aufgrund dieser Finanzierungsvereinbarung hatte die Mittelzufuhr im Rahmen einer Gesellschafterumlage anstatt einer Förderung zu erfolgen. Hierzu war eine Umschichtung von VA-Ansatz 1/34456 in Höhe von 49,08 Mill. EUR erforderlich.	+ 49,08 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 49.079.000,- EUR: BMF-112913/0002-II/10/2010 v. 20.01.2010	
1/3448	Forschungsförderungs GmbH (FFG)	
1/34486	Förderungen	- 11,44 Mill. EUR
	Minderausgaben ergaben sich aufgrund von längeren Genehmigungsprozessen zu den Programmplanungen sowie durch die Reduktion des Bundesfinanzrahmens mit Juni 2010. In der Folge kam es zu Verzögerungen bei der Übertragung von Programmmitteln an die Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG), insbesondere beim Kompetenzzentrenprogramm „COMET“ und beim Programm „FIT-IT“ zur Förderung anspruchsvoller IT-Forschung in Österreich. Weiters kam es durch Verzögerungen bei laufenden Projekten zu Änderungen der geplanten Zahlungsprofile.	- 11,44 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

Untergliederung 40: **Wirtschaft**

Ausgaben

In der Untergliederung 40 betragen die Ausgaben 467,65 Mill. EUR und somit 0,7 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 481,31 Mill. EUR wurden 13,67 Mill. EUR (- 2,8 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 7,04 Mill. EUR (- 5,4 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 6,62 Mill. EUR (- 1,9 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderungen resultierten aus Abwicklungsverzögerungen von Projekten in den Unternehmen (- 36,82 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben bei den Wirtschaftsförderungen konnten durch Verzögerungen bei der Realisierung von Vorhaben verzeichnet werden (insgesamt - 17,60 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden für die Sanierung von Amtsgebäuden infolge zügigen Baufortschritts und der damit verbundenen Freigabe zusätzlicher Mittel (insgesamt + 21,38 Mill. EUR) sowie für Programme des Klima- und Energiefonds, die im BVA nicht berücksichtigt worden waren (+ 21,15 Mill. EUR).

Einnahmen

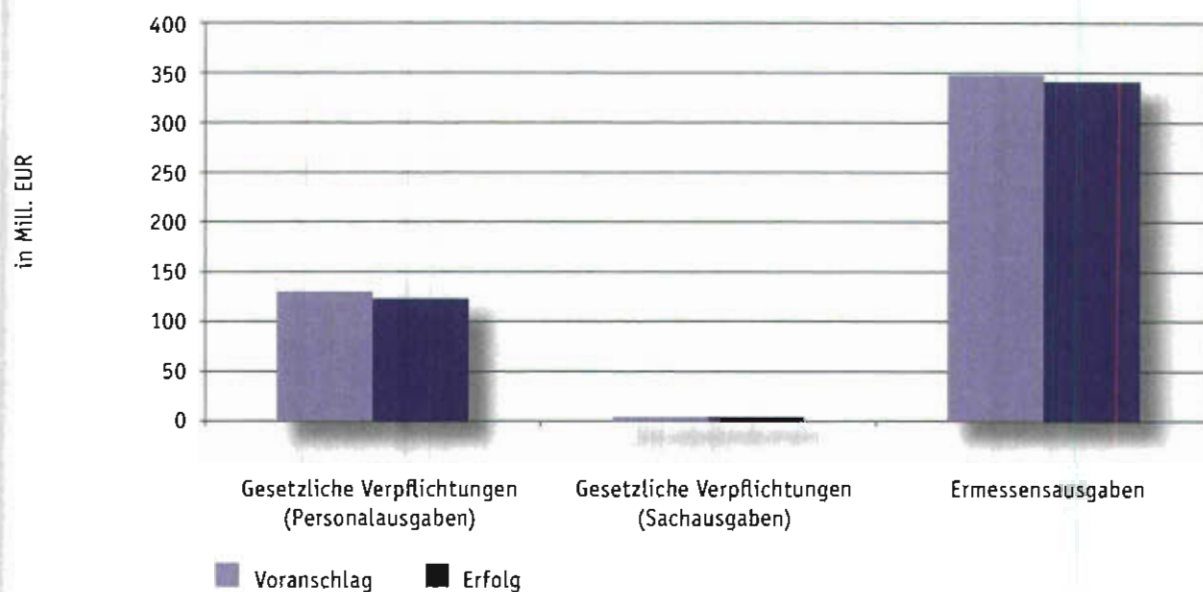
Die Einnahmen betragen 139,15 Mill. EUR und somit 0,2 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 160,46 Mill. EUR wurden 21,31 Mill. EUR (- 13,3 %) weniger eingenommen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag wurden durch geringere Gas- und Ölfördermengen der Unternehmen (- 10,53 Mill. EUR) sowie durch Umstellungen bei der Grundstücksdatenbank und den Eich- und Vermessungsgebühren (insgesamt - 11,02 Mill. EUR) erzielt.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 40	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Personalausgaben	129,86	122,82	- 7,04	- 5,4
Sachausgaben	351,45	344,83	- 6,62	- 1,9
Gesetzliche Verpflichtungen	4,03	4,06	+ 0,03	+ 0,8
Ermessensausgaben	347,43	340,77	- 6,66	- 1,9
Summe	481,31	467,65	- 13,67	- 2,8
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,7	0,7		

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
40	Wirtschaft	in Mill. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
400	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	174,70	167,63	- 7,07	- 4,0
401	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	249,28	219,90	- 29,38	- 11,8
402	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	57,32	79,86	+ 22,53	+ 39,3
404	Schönbrunner Tiergartenamt, Amt d. Bundesimmobilien	0,00	0,26	+ 0,25	k.A
	Summe Ausgaben	481,31	467,65	- 13,67	- 2,8
2/..	Einnahmen				
400	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	125,03	102,39	- 22,64	- 18,1
401	Bundesministerium; Zweckaufwand	24,10	23,85	- 0,25	- 1,0
402	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	11,34	12,91	+ 1,57	+ 13,9
	Summe Einnahmen	160,46	139,15	- 21,31	- 13,3
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 320,85	- 328,50	- 7,65	+ 2,4



BRA 2010

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/40	Wirtschaft	
1/401	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	
1/4014	Unternehmensbezogene Arbeitsmarktförderung gemäß AMFG	
1/40146	Förderungen	- 36,82 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund von Verzögerungen in den Unternehmen bei der Abwicklung, dem Umfang, dem Durchführungszeitraum bzw. der Inangriffnahme von Projekten.	- 36,82 Mill. EUR
1/4015	Wirtschaftsförderungen	
1/40156	Förderungen	- 17,60 Mill. EUR
	Minderausgaben bei Zuschüsse an Institutionen (Export-offensive) durch die Veranschlagung der Mittel für die Internationalisierungsoffensive.	- 25,00 Mill. EUR
	Minderausgaben für Investitionszuschüsse-Energiewesen gemäß dem Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz 2008 bedingt durch Verzögerungen bei der Antragsprüfung in der Abwicklungsstelle (AWISTA GmbH).	- 10,00 Mill. EUR
	Minderausgaben durch Verzögerungen bei der Realisierung von Vorhaben betreffend Zuschüsse (Einzelförderungen) an die Wirtschaft (-2,04 Mill. EUR) und Förderaktionen der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank Ges.m.b.H. (- 3,53 Mill. EUR).	- 5,57 Mill. EUR
	Mehrausgaben für die „Internationalisierungsoffensive NEU“, bestehend aus zehn Schwerpunktthemen, etwa die Ausweitung von Dienstleistungen und Beratung für international tätige österreichische Unternehmen.	+ 22,09 Mill. EUR
1/4016	Klima- und Energiefonds	
1/40168	Aufwendungen	+ 21,15 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Projekte des ehemaligen BMWA betreffend Klima- und Energiefonds, die, im Voranschlag nicht mehr berücksichtigt, durch Rücklagen zu bedecken waren.	+ 21,15 Mill. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 13.551.826,- EUR; BMF-112913/0040-II/10/2010 v. 27.03.2010 7.601.906,- EUR; BMF-112913/0150-II/10/2010 v. 15.09.2010	

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/402	Kulturbauten- und Liegenschaftsverwaltung	
1/4023	Kulturbauten	
1/40233	Anlagen	+ 21,38 Mill. EUR
	Mehrausgaben auf Grund des zügigen Baufortschrittes und die damit verbundene Freigabe zusätzlicher Mittel betreffend Amtsgebäude Himmelfortgasse/Johannessgasse (+ 15,74 Mill. EUR), Stubenring 1 (+ 6,91 Mill. EUR), Museum des 20. Jhdt. (+ 3,46 Mill. EUR), Höhere Bundeslehranstalt für Gartenbau Wien 13 (+ 5,07 Mill. EUR) sowie kleinere Bauvorhaben (gesamt + 5,11 Mill. EUR).	+ 36,29 Mill. EUR
	Minderausgaben durch Fertigstellung von Bauvorhaben betreffend die Gebäude Wallnerstraße (- 4,98 Mill. EUR) und Alte Universität (- 2,00 Mill. EUR) sowie Museum für Völkerkunde (- 2,91 Mill. EUR) da dieses Bauvorhaben noch in Abrechnung ist.	- 9,89 Mill. EUR
	Überschreitungsbeurteilung: 15.000.000,- EUR; BMF-112913/0007-II/10/2010 v. 05.02.2010 198.755,96 EUR; BMF-112913/0034-II/10/2010 v. 30.03.2010 5.500.000,- EUR; BMF-112913/0056-II/10/2010 v. 04.06.2010 2.500.000,- EUR; BMF-112913/0184-II/10/2010 v. 21.10.2010	
2/40	Wirtschaft	
2/400	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	
2/4000	Zentraleitung	
2/40004	Erfolgswirksame Einnahmen	- 11,93 Mill. EUR
	Mindereinnahmen aufgrund geringerer Gas- und Ölfördermengen der Unternehmen (OMV und RAG) im Inland bzw. durch Rückgang des vom ÖSTAT prognostizierten Rohölimportwertes.	- 10,53 Mill. EUR
2/4009	Einrichtungen des Eich- und Vermessungswesen	
2/40094	Erfolgswirksame Einnahmen	- 11,02 Mill. EUR
	Mindereinnahmen, die beim BMJ als Mehreinnahmen ausgewiesen sind, infolge der Neukonzipierung der Grundstücksdatenbank (GDB). Gemeinsam mit dem BMJ wurde vereinbart, dass die Einnahmen aus dem Betrieb der GDB nun zwischen dem Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen und dem BMJ nach Kataster- und Grundbuchsanteil aufgeteilt werden.	- 6,09 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei Eich- und Vermessungsgebühren infolge Übertragung der Eichfähigkeit an private Eichstellen.	- 5,18 Mill. EUR



BRA 2010

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

Untergliederung 41: Verkehr, Innovation und Technologie

Ausgaben

In der Untergliederung 41 betragen die Ausgaben 2.117,89 Mill. EUR und somit 3,1 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.410,20 Mill. EUR wurden 292,31 Mill. EUR (- 12,1 %) weniger ausgegeben. Für Personal entstanden Minderausgaben in Höhe von 3,75 Mill. EUR (- 6,6 %) und bei den Sachausgaben ergaben sich Minderausgaben in Höhe von 288,56 Mill. EUR (- 12,3 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für gemeinwirtschaftliche Leistungen waren die Folge eines vertragslosen Zustands zwischen BMVIT und der ÖBB-Personenverkehrs AG, wodurch vorgesehene Zahlungen aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht geleistet wurden (- 158,00 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben betrafen den Liegenschaftserwerb der ASFINAG durch Planungsverzögerungen bei Straßenprojekten und geringere Grundstückskosten (- 64,40 Mill. EUR) und betrafen ebenso geringere Transferzahlungen an den Klima- und Energiefonds durch Verzögerungen bei Förderprojekten (- 46,90 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag resultierten aus gestiegenen Baukosten für diverse Hochwasserschutzprojekte (+ 8,58 Mill. EUR).

Einnahmen

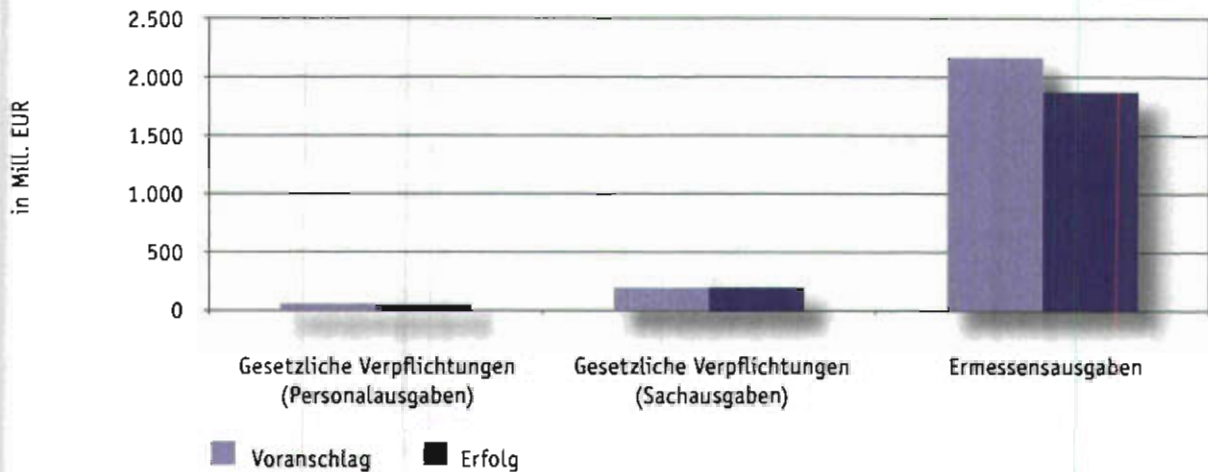
Die Einnahmen betragen 247,20 Mill. EUR und somit 0,4 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 196,36 Mill. EUR wurden 50,83 Mill. EUR (+ 25,9 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag konnten infolge der Frequenzvergabe im 2,6 GHz-Bereich durch die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH erzielt werden (+ 37,45 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 41	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Personalausgaben	56,59	52,84	- 3,75	- 6,6
Sachausgaben	2.353,61	2.065,05	- 288,56	- 12,3
Gesetzliche Verpflichtungen	191,67	195,71	+ 4,04	+ 2,1
Ermessensausgaben	2.161,94	1.869,34	- 292,60	- 13,5
Summe	2.410,20	2.117,89	- 292,31	- 12,1
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	3,4	3,1		

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
41	Verkehr, Innovation und Technologie	in Mill. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
410	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	74,40	65,56	- 8,84	- 11,9
411	Bundesministerium (Zweckaufwand)	1.930,80	1.769,54	- 161,26	- 8,4
412	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	202,19	138,69	- 63,50	- 31,4
414	Wasserbauverwaltung	77,88	85,54	+ 7,65	+ 9,8
415	Bundesanstalt für Verkehr	8,01	7,92	- 0,10	- 1,2
416	Bundesstrassenverwaltung	94,90	27,75	- 67,15	- 70,8
417	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.)	4,40	4,41	+ 0,01	+ 0,1
418	Einrichtungen des Patentwesens	17,61	18,49	+ 0,88	+ 5,0
	Summe Ausgaben	2.410,20	2.117,89	- 292,31	- 12,1
2/..	Einnahmen				
410	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	27,64	67,81	+ 40,16	+ 145,3
411	Bundesministerium (Zweckaufwand)	20,01	19,70	- 0,31	- 1,5
412	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	0,19	0,19	- 0,00	- 0,2
414	Wasserbauverwaltung	58,88	58,73	- 0,16	- 0,3
415	Bundesanstalt für Verkehr	0,33	0,68	+ 0,35	+ 106,8
416	Bundesstrassenverwaltung	52,70	61,09	+ 8,39	+ 15,9
417	Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds (zweckgeb. Geb.)	4,40	5,21	+ 0,81	+ 18,4
418	Einrichtungen des Patentwesens	32,21	33,80	+ 1,59	+ 4,9
	Summe Einnahmen	196,36	247,20	+ 50,83	+ 25,9
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 2.213,84	- 1.870,70	+ 343,14	- 15,5



BRA 2010

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/41	Verkehr, Innovation und Technologie	
1/411	Bundesministerium (Zweckaufwand)	
1/4114	Eisenbahnen	
1/41148	Kosten für Eisenbahninfrastruktur	- 6,95 Mill. EUR
	Minderausgaben beim Projekt Brenner Basistunnel (BBT) infolge Verzögerungen (Phasen II und IIa) gegenüber dem bei Budgeterstellung gültigen Planungsstand. Im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung durch Querfinanzierungseinnahmen gemäß ASFINAG-Gesetz werden diese Mittel bei Bedarf im Wege der ÖBB-Infrastruktur AG an die Brenner Basistunnel Gesellschaft (BBT SE) zugeführt.	- 6,00 Mill. EUR
	Minderausgaben beim Projekt Brenner Basistunnel (BBT) infolge geringerer Annuitätzuschüsse an die ÖBB-Infrastruktur AG gemäß § 43 Bundesbahngesetz i.d.F. vor der Novelle BGBl. I Nr. 95/2009. Der im Jahr 2010 neu erstellte, optimierte Bauzeitplan ergab geringere Annuitätzuschüsse, als in der Vereinbarung zum Rahmenplan für die Periode 2009 bis 2014 vorgesehen war.	- 4,00 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei Kapitaltransferzahlungen an die ÖBB-Infrastruktur AG durch teilweises Nachholen der zeitlichen Verschiebung bei den Zuschüssen (Minderausgaben 2009: 41,48 Mill. EUR) gemäß § 42 Bundesbahngesetz i.d.F. vor der Novelle BGBl. I Nr. 95/2009.	+ 4,17 Mill. EUR
1/41158	Gemeinwirtschaftliche Leistungen	- 153,04 Mill. EUR
	Mit der ÖBB-Personenverkehr AG wurde im Jahr 2009 ein Vertrag über die Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen abgeschlossen. Für den Fall des Nichtzustandekommens einer Nachfolgeregelung verlängert sich dieser Vertrag automatisch um 9 Monate. Ab dem Jahr 2010 war seitens des BMVTI eine Neuregelung der Bestellung gemeinwirtschaftlicher Leistungen vorgesehen.	
	Minderausgaben ergaben sich, da entsprechende Verhandlungen ab Beginn 2009 zwar geführt wurden, aber bis Ende September 2010 nicht abgeschlossen werden konnten. Somit trat ab Oktober 2010 ein vertragsloser Zustand ein und die vorgesehenen Zahlungen konnten aus haushaltsrechtlichen Gründen bis zum Ende des Budgetjahres 2010 nicht mehr geleistet werden.	- 158,00 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

	Mehrausgaben bei Leistungen gemäß § 3 Privatbahngesetz 2004 infolge von höheren Abrechnungen der Privatbahnen für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Jahr 2009 (Güterverkehr) und Nachzahlungen für Abrechnungen aus Vorjahren (Personenverkehr), die erst einer nachträglichen Überprüfung zugeführt werden mussten.	+ 5,11 Mill. EUR
1/412	Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)	
1/41266	Förderungen an Privatbahnen	- 17,72 Mill. EUR
	Minderausgaben für den Investitionsförderungsbeitrag nach dem Privatbahngesetz 2004 auf Grund fehlender vertraglicher Übereinkommen bei diversen Sonderprojekten. Die entsprechenden Auszahlungen konnten im Jahr 2010 nicht geleistet werden und wurden einer Rücklage zugeführt. Davon betroffen waren: die Graz Köflacher Bahn- und Busbetrieb GmbH (4,5 Mill. EUR), die AG der Wiener Lokalbahnen (4,0 Mill. EUR), die Raaberbahn AG (- 2,5 Mill. EUR) und die Salzburger Lokalbahnen (2,5 Mill. EUR).	- 13,50 Mill. EUR
	Darüber hinaus ergaben sich Minderausgaben aufgrund der fehlenden Einigung zwischen BMVIT und der Raaberbahn AG zur Übernahme der Strecke Szombathely-Szentgotthard.	- 5,00 Mill. EUR
	Mehrausgaben betreffen die Pinzgauer Lokalbahn infolge des verspäteten Abschlusses eines Übereinkommens für die Jahre 2008 bis 2011. Im Jahr 2010 gelangten demzufolge zwei Raten (für 2009 und für 2010) zur Anweisung.	+ 2,50 Mill. EUR
1/4127	Klima- und Energiefonds	.
1/41278	Aufwendungen	- 46,93 Mill. EUR
	Minderausgaben bei Transferzahlungen an den Klima- und Energiefonds aufgrund Verzögerungen bei den genehmigten Förderprojekten, die eine Änderung der geplanten Zahlungsprofile zur Folge hatten. Weitere Minderausgaben ergaben sich durch Verzögerungen bei Vertragsverhandlungen.	- 46,90 Mill. EUR



BRA 2010

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/4146	Wasserbau - Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)	
1/41466	Förderungen	+ 8,52 Mill. EUR
	Mehrausgaben aufgrund gestiegener Baukosten beim Hochwasserschutz. Betroffen waren insbesondere die Projekte: Hafentor Freudenau (1,8 Mill. EUR), Machland Nord (2,0 Mill. EUR), Hochwasserschutz Spitz an der Donau (2,6 Mill. EUR) und Hochwasserschutz Weissenkirchen (2,2 Mill. EUR).	+ 8,58 Mill. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 12.000.000,- EUR; BMF-112913/0112-II/10/2010 v. 25.02.2010	
1/416	Bundesstraßenverwaltung	
1/4163	Bundesstraßen A + S	
1/41633	Anlagen	- 64,40 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund geringerer Ausgaben für den Liegenschaftserwerb der ASFINAG infolge des verzögerten Planungsfortschritts bei Straßenprojekten, wodurch Teile des geplanten Liegenschaftserwerbs verschoben werden mussten. Weiters konnten Einsparungen durch – entgegen der ursprünglichen Schätzung, – niedrigere Grundstückskosten erzielt werden.	- 64,40 Mill. EUR
2/41	Verkehr, Innovation und Technologie	
2/410	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie	
2/4102	Post- und fernmeldebehördliche Tätigkeiten	
2/41025	Erfolgswirksame Einnahmen (TKG)	+ 37,45 Mill. EUR
	Mehreinnahmen infolge der Frequenzvergabe im 2,6 GHz-Bereich nach Ausschreibung durch die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR).	+ 37,45 Mill. EUR
2/416	Bundesstraßenverwaltung	
2/41604	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 8,90 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus den Strafgeldzahlungen bei Straßenverkehrskontrollen.	+ 8,90 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

Untergliederung 42: Land-, Forst- und Wasserwirtschaft**Ausgaben**

In der Untergliederung 42 betragen die Ausgaben 2.195,82 Mill. EUR und somit 3,3 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.212,35 Mill. EUR wurden 16,53 Mill. EUR (- 0,7 %) weniger ausgegeben. Minderausgaben entstanden für Personal in Höhe von 2,09 Mill. EUR (- 1,3 %) und bei den Sachausgaben in Höhe von 14,44 Mill. EUR (- 0,7 %).

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag hauptsächlich für Marktordnungsmaßnahmen (Einheitliche Betriebsprämie) entstanden durch geringere Antragstellungen (- 39,80 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag für Transferzahlungen an die Österreichische Ernährungsagentur GmbH waren zur Sicherung der betrieblichen Geschäftsführung und Aufrechterhaltung der Mindestqualität erforderlich (+ 9,30 Mill. EUR).

Einnahmen

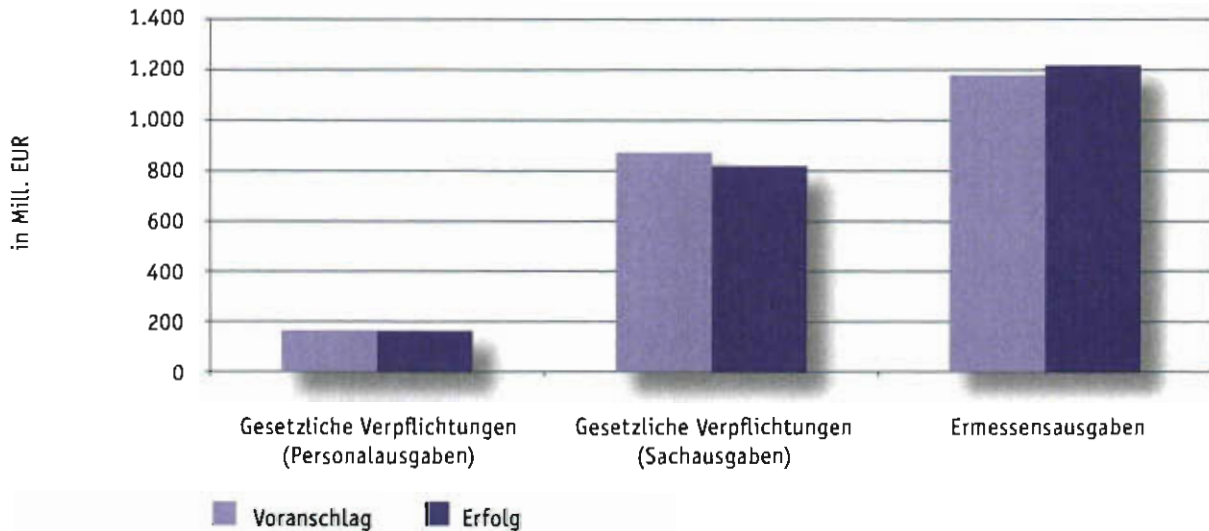
Die Einnahmen betragen 213,51 Mill. EUR und somit 0,4 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 194,88 Mill. EUR wurden 18,63 Mill. EUR (+ 9,6 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entfielen auf Gewinnausschüttungen diverser Gesellschaften (+ 13,83 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 42	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Personalausgaben	163,59	161,50	- 2,09	- 1,3
Sachausgaben	2.048,76	2.034,32	- 14,44	- 0,7
Gesetzliche Verpflichtungen	870,99	817,98	- 53,01	- 6,1
Ermessensausgaben	1.177,77	1.216,34	+ 38,57	+ 3,3
Summe	2.212,35	2.195,82	- 16,53	- 0,7
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	3,1	3,3		

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	in Mill. EUR		in %	
1/.	Ausgaben				
420	BM f. Land- u. Forstwirtschaft, Umwelt u. Wasserwirtschaft	190,40	202,13	+ 11,73	+ 6,2
421	Förderung d. Land- u. Forstwirtschaft u. d. Ernährungswesens	32,29	43,28	+ 10,99	+ 34,0
422	Förd. d. Fischereiwirtschaft u. agrarische Strukturförderung	1,51	1,47	- 0,04	- 2,5
423	Marktordnungsmaßnahmen	796,35	738,74	- 57,61	- 7,2
424	Entwicklung des ländlichen Raumes	875,31	872,70	- 2,60	- 0,3
425	Lehr- und Versuchsanstalten	86,16	99,16	+ 13,01	+ 15,1
426	Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens	39,35	43,80	+ 4,45	+ 11,3
427	Maßn. f. Schutzwasserbau u. Lawinenverb. u. sonst. Maßn. WRG 1959	176,27	179,98	+ 3,71	+ 2,1
428	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	14,72	14,55	- 0,17	- 1,2
	Summe Ausgaben	2.212,35	2.195,82	- 16,53	- 0,7
2/.	Einnahmen				
420	BM f. Land- u. Forstwirtschaft, Umwelt u. Wasserwirtschaft	37,66	49,13	+ 11,47	+ 30,5
421	Förderung d. Land- u. Forstwirtschaft u. d. Ernährungswesens	0,03	1,24	+ 1,21	k.A
422	Förd. d. Fischereiwirtschaft u. agrarische Strukturförderung	0,00	0,00	- 0,00	- 76,5
423	Marktordnungsmaßnahmen	4,42	5,74	+ 1,33	+ 30,0
425	Lehr- und Versuchsanstalten	10,29	15,21	+ 4,92	+ 47,8
426	Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens	0,02	0,03	+ 0,01	+ 64,7
427	Maßn. f. Schutzwasserbau u. Lawinenverb. u. sonst. Maßn. WRG 1959	140,64	140,61	- 0,02	- 0,0
428	Sonstige nachgeordnete Dienststellen	1,83	1,53	- 0,29	- 16,0
	Summe Einnahmen	194,88	213,51	+ 18,63	+ 9,6
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 2.017,46	- 1.982,31	+ 35,16	- 1,7

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/42 Land-, Forst und Wasserwirtschaft

1/420 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

1/4202 Beteiligungen, Abgeltungen

1/42028 Aufwendungen + 9,80 Mill. EUR

Mehrausgaben für laufende Transferzahlungen an die Österreichische Ernährungsagentur GmbH (AGES) infolge zusätzlicher Barmittelzuwendungen (aufgrund des BFRG 2009 bis 2012 und 2010 bis 2013, BGBl. I Nr. 51/2009, war für das Jahr 2010 die Budgetierung der AGES-Schulden nicht möglich) zur Sicherung der betrieblichen Geschäftsführung und Aufrechterhaltung der Mindestqualität im Zuge der Patronatserklärung des BMLFUW.

+ 9,30 Mill. EUR

Überschreitungsbewilligung:

9.303.000,- EUR; BMF-112913/0348-II/10/2010 v. 20.12.2010

1/421 Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens

1/42126 Qualitätsverbessernde und produktionsumlenkende Maßnahmen + 8,65 Mill. EUR

Mehrausgaben für Qualitätsverbesserung und Produktionsalternativen in der Tierhaltung wegen der Mehrkosten im Bereich der Tiergesundheitsdienste und der Milchleistungskontrolle aufgrund des politisch vereinbarten Förderkonzeptes.

+ 6,32 Mill. EUR

Mehrausgaben im Bereich der Ermessensförderung für landtechnische Maßnahmen (Förderung von 93 Maschinenringen, Förderung landtechnischer Schulungen und Weiterbildungen). Erhöhung der genehmigten Anträge um rund 3 % (Anstieg von 97 auf 100 Anträgen gegenüber 2009) und deren Antragssumme um rund 21 % (Anstieg der Fördersumme von rd. 2,3 auf rd. 2,8 Mill. EUR) gegenüber dem Jahr 2009 aufgrund des geänderten Antragsverhaltens und da es zum Zeitpunkt der Budgetierung noch unklar gewesen war, welche Förderungsschwerpunkte im Jahr 2010 zu setzen waren.

+ 1,79 Mill. EUR

Überschreitungsbewilligung:

500.000,- EUR; BMF-112913/0010-II/10/2010 v. 17.02.2010

1.000.000,- EUR; BMF-112913/0109-II/10/2010 v. 02.08.2010

2.650.000,- EUR; BMF-112913/0112-II/10/2010 v. 02.08.2010

1.215.000,- EUR; BMF-112913/0233-II/10/2010 v. 24.11.2010

750.000,- EUR; BMF-112913/0371-II/10/2010 v. 30.12.2010

3.000.000,- EUR; BMF-112913/0373-II/10/2010 v. 30.12.2010

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/423	Marktordnungsmaßnahmen	
1/42304	EGFL (Betriebsprämie) Überweisung an die AMA (variabel)	- 39,80 Mill. EUR
	Minderausgaben bei der einheitlichen Betriebsprämie aufgrund geringerer Antragstellung und bei Unterstützungsbeiträgen gemäß VO 1782/03, Art. 12 (EU-Direktzahlungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe) aufgrund des Auslaufens der Maßnahme im Jahr 2009, bei der es im Jahr 2010 aber noch zu verzögerten Auszahlungen durch die AMA auf diesem Konto kam.	- 39,80 Mill. EUR
1/42314	EGFL (Pflanzliche Erzeugnisse) Überweisung an die AMA (variabel)	- 9,06 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Nahrungsmittellieferungen an Bedürftige in der EU-Gemeinschaft (EU-VO 3730/1987; ein Nahrungsmittelhilfsprogramm zur Linderung humanitärer Notsituationen für die schwächsten Bevölkerungsgruppen der EU) aufgrund der Nichtteilnahme Österreichs an dieser Maßnahme, obwohl zum Zeitpunkt der Budgeterstellung 2009 eine Teilnahme Österreichs am Hilfsprogramm vorgesehen war.	- 5,00 Mill. EUR
	Minderausgaben bei der Diversifizierungsbeihilfe für Zucker gemäß VO 320/2006 aufgrund geringerer Beihilfeantragstellungen und bei Ackerkulturen, öffentliche Lagerhaltung, durch nicht anfallende Lagerhaltungskosten aufgrund des Absatzes auf dem freien Markt.	- 2,99 Mill. EUR
	Minderausgaben bei Rebflächenaufgabe-Prämien aufgrund von Mittelkürzungen gemäß VO 1092/2009.	- 1,63 Mill. EUR
1/42324	EGFL (Tierische Erzeugnisse) Überweisung an die AMA (variabel)	- 8,50 Mill. EUR
	Minderausgaben bei der Milchkuhprämie gemäß EU-VO 1234/2007 aufgrund verspäteter Auszahlungen, da Auszahlungen, die für 2010 geplant waren aufgrund der EU-Vorgaben (Abschluss aller Kontrollen) erst im Februar 2011 zur Auszahlung gelangten.	- 11,90 Mill. EUR
	Minderausgaben bei der Schlachtprämie aufgrund der Budgetierung gemäß finanzieller Obergrenze der EU-VO, da die tatsächlichen Schlacht-Tierzahlen erst am Beginn des Folgejahres bekannt waren.	- 1,01 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

	Mehrausgaben bei Marktstützungsmaßnahmen im Milchsektor gemäß der EU-VO 1233/2009 aufgrund Inkraftsetzung durch die EU-Kommission im Dezember 2009 erst nach der Budgeterstellung.	+ 6,05 Mill. EUR
1/425	Lehr- und Versuchsanstalten	
1/4250	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	
1/42508	Aufwendungen	+ 5,29 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei sonstigen Zinsen aufgrund von Baukostenrückzahlungen für neue Gebäude und bei Mieten und Betriebskosten aufgrund von Zahlungsumbuchungen zu Lasten der Zentraleitung sowie bei der Instandhaltung von sonstigen Gebäuden aufgrund des Einsatzes von vorab nicht geplanten Mieterlösen (rd. 0,34 Mill. EUR, 2/42500/8242000) aus der Schulraumüberlassung an Dritte.	+ 2,34 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei Sonstiger Betriebsausstattung (Geschirr und Einrichtungen) und Verpflegungsausgaben für Internate aufgrund der Aufstockung der Internats-Schülerzahlen sowie für Brennstoffmehrbedarf aufgrund zusätzlicher Gebäude.	+ 1,10 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei Entgelten für sonstige Leistungen von Unternehmungen aufgrund von Abgeltungen (für AGES-Leistungen, Mitarbeiterkostenersatz für das Lebensmitteltechnologische Zentrum, Pauschalabgeltung an die BVW GmbH sowie für Reinigungsdienstleistungen).	+ 1,09 Mill. EUR
	Überschreitungsbewilligung: 1.300.700,- EUR; BMF-112913/0075-II/10/2010 v. 01.06.2010 2.373.000,- EUR; BMF-112913/0091-II/10/2010 v. 07.07.2010 426.000,- EUR; BMF-112913/0114-II/10/2010 v. 02.08.2010 20.000,- EUR; BMF-112913/0115-II/10/2010 v. 02.08.2010 176.700,- EUR; BMF-112913/0186-II/10/2010 v. 13.10.2010 1.951.000,- EUR; BMF-112913/0310-II/10/2010 v. 15.12.2010	

2/42 Land- und Forstwirtschaft

Nicht erzielte Mehreinnahmen in der Höhe von 6.000,- EUR entstanden dadurch, dass irrtümlich - neben den tatsächlichen Einnahmen - auch der BVA-Betrag für erforderliche Bedeckungen verwendet wurde.

2/420 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

2/4202 Beteiligungen, Abgeltungen

2/42024 Erfolgswirksame Einnahmen + 13,83 Mill. EUR

Mehreinnahmen bei Erträgen aus Kapitalbeteiligungen aufgrund der Gewinnausschüttungen der ÖBf AG (20 Mill. EUR Dividende gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 11.05.2010 der Österreichischen Bundesforste AG) und der BVW GmbH (5,03 Mill. EUR Dividende (davon 1,4 Mill. EUR Akontozahlung an das BMLFUW gemäß Gesellschafterbeschluss vom 02.12.2009) gemäß Generalversammlungsbeschluss vom 22.06.2010 der Landwirtschaftlichen Bundesversuchswirtschaften GmbH), die aufgrund der guten Ertragslage in den Generalversammlungen dieser Kapitalgesellschaften für 2010 beschlossen wurden und zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt waren.

+ 13,83 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

Untergliederung 43: Umwelt

Ausgaben

In der Untergliederung 43 betragen die Ausgaben 695,83 Mill. EUR und somit 1,0 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 789,46 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 93,63 Mill. EUR (- 11,9 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen hauptsächlich Transferzahlungen an den Klima- und Energiefonds (- 52,10 Mill. EUR) und für die Siedlungswasserwirtschaft (- 28,25 Mill. EUR), weil die Auszahlung der Mittel an die jeweiligen Projektfortschritte gekoppelt war. Weitere Minderausgaben im Emissionshandel entstanden infolge des gesunkenen Preises für CO₂-Emissionszertifikate (- 49,26 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vorwiegend bei den Förderungen von thermischen Sanierungen mangels rechtzeitiger Budgetierung, und weil die Auszahlung dieser Mittel an die jeweiligen Projektfortschritte gekoppelt war (+ 51,63 Mill. EUR).

Einnahmen

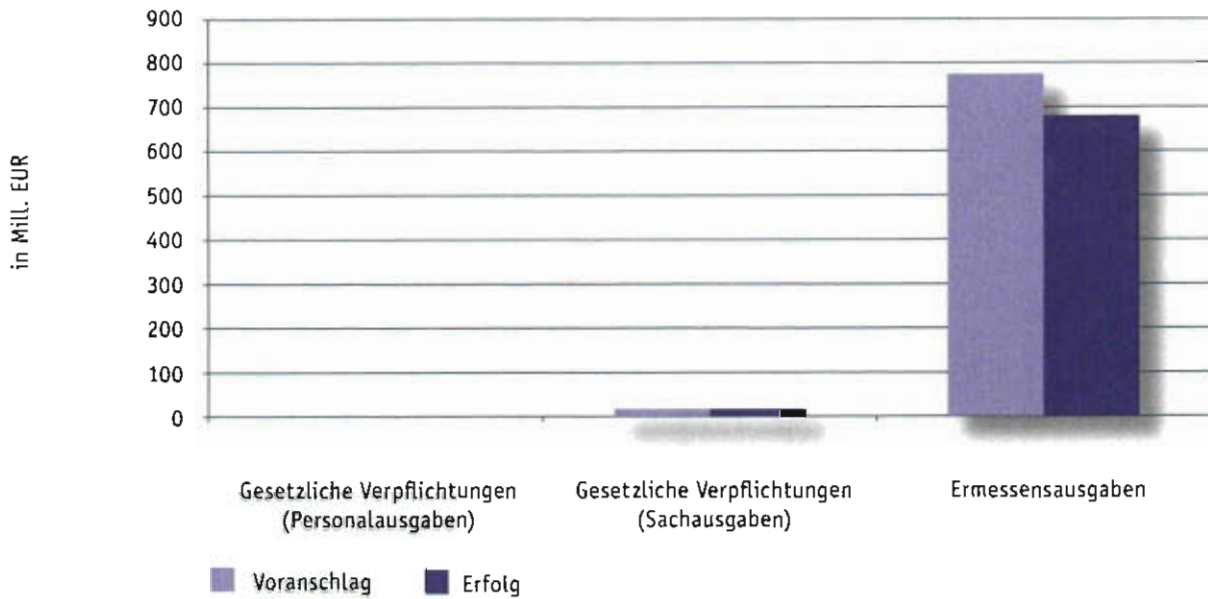
Die Einnahmen betragen 332,20 Mill. EUR und somit 0,6 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 363,44 Mill. EUR wurden 31,24 Mill. EUR (- 8,6 %) weniger eingenommen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag fielen durch geringere Überweisungen von Steueranteilen und Zinsen aufgrund eines geringeren Liquiditätsbedarfs in der Wasserwirtschaft an (- 33,78 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 43	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Sachausgaben	789,46	695,83	- 93,63	- 11,9
Gesetzliche Verpflichtungen	16,31	16,50	+ 0,19	+ 1,2
Ermessensausgaben	773,15	679,33	- 93,82	- 12,1
Summe	789,46	695,83	- 93,63	- 11,9
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	1,1	1,0		

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
43	Umwelt	in Mill. EUR		in %	
1/.	Ausgaben				
430	Bundesministerium; Zentraleitung	23,75	22,92	- 0,83	- 3,5
431	Umweltschutz	765,71	672,91	- 92,80	- 12,1
	Summe Ausgaben	789,46	695,83	- 93,63	- 11,9
2/.	Einnahmen				
430	Bundesministerium; Zentraleitung	0,06	0,03	- 0,03	- 45,1
431	Umweltschutz	363,38	332,16	- 31,22	- 8,6
	Summe Einnahmen	363,44	332,20	- 31,24	- 8,6
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 426,02	- 363,63	+ 62,38	- 14,6

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/43	Umwelt	
1/431	Umweltschutz	
1/4310	Umweltpolitische Maßnahmen	
1/43108	Aufwendungen	+ 8,76 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Entgelte an Unternehmungen in den Bereichen Nationalparks (1,8 Mill. EUR für zusätzliche Entschädigungszahlungen und nationale Anteile zu EU-Projekten), für elektronisches Datenmanagement (4,3 Mill. EUR) und für Programme für den Klimaschutz (Klima Aktiv Mobil: 2,7 Mill. EUR für Mobilitätsmanagement, etc.). Diese Vorhaben wurden aufgrund der Budgetrestriktionen nicht veranschlagt, sind aber durch Rücklageentnahmen und Umschichtungen dennoch finanziert worden.	+ 8,83 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 9.500.000,- EUR; BMF-112913/0358-II/9/2010 v. 23.12.2010	
1/4313	Wasserwirtschaft gemäß UFG (zweckgebundene Gebarung)	
1/43136	Förderungen	- 28,25 Mill. EUR
	Minderausgaben, da es durch die Wirtschaftskrise bei der Abwicklung der geförderten Projekte zur Wasservorsorge, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung (Siedlungswasserwirtschaft) vieler Gemeinden zu Verzögerungen kam und die Investitionszuschüsse noch nicht zur Auszahlung gelangten. Das Volumen der Projekteinreichungen und -genehmigungen ging von 199 Mill. EUR im Jahr 2009 auf 130 Mill. EUR im Jahr 2010 zurück. Im Jahre 2010 erfolgten über 22.000 Einzelauszahlungen.	- 28,25 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/4314	Umweltförderung im In- und Ausland	
1/43146	Förderungen	+ 49,32 Mill. EUR
	Mehrausgaben bei den Förderungen von thermischen Sanierungen fielen an, da keine rechtzeitige Budgetierung erfolgen konnte und die Auszahlung der einzelnen Förderprojekte erst nach entsprechendem Projektfortschritt erfolgte. Die Förderung von thermischen Sanierungen mit insgesamt 100 Mill. EUR wurde erst durch das Regierungsprogramm für die XXIV. Gesetzgebungsperiode beschlossen. Im Jahr 2010 betrug das Fördervolumen an private Haushalte rund 41 Mill. EUR (rund 10.200 Einzelfälle mit einem durchschnittlichen Förderbetrag von zirka 4.000 EUR), an Unternehmen wurde ein Fördervolumen von rund 10 Mill. EUR ausbezahlt (zirka 500 Einzelfälle mit einem durchschnittlichen Förderbetrag von etwa 20.000 EUR).	+ 51,63 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 53.000.000,- EUR; BMF-112913/0107-II/9/2010 v. 28.07.2010	
1/43148	Aufwendungen	+ 5,10 Mill. EUR
	Mehrausgaben für Entgelte an Unternehmungen im Rahmen von Programmen für den Klimaschutz (Ausbildungs- u. Beratungsprogramme). Da die entsprechenden Beschlüsse erst Anfang 2010 erfolgten, war keine rechtzeitige Veranschlagung möglich.	+ 5,08 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 6.800.000,- EUR; BMF-112913/0108-II/9/2010 v. 28.07.2010	
1/4316	JI/CDM-Programm	
1/43168	Aufwendungen	- 22,12 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund von Verzögerungen bei der Durchführung bzw. Investition in Emissionsminderungsprojekte in anderen Staaten. Derartige Verzögerungen können aus vielfältigen Gründen bei den Projekten selbst (z.B. zu geringe Wasserführung bei einem Wasserkraftwerk) oder aus Verzögerungen bei der Validierung durch die zuständige UN-Behörde (UNFCCC) entstehen.	- 20,56 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/4317	Klima- und Energiefonds	
1/43178	Aufwendungen	- 52,10 Mill. EUR
	Minderausgaben bei den Transferzahlungen an den Klima- und Energiefonds, da die Auszahlungen entsprechend dem jeweiligen Projektfortschritt erfolgten. Zahlungen aus folgenden laufenden, längerfristigen Programmen werden unter anderem erst in den Folgejahren fällig:	
	- Multimodaler Verkehr: Klima Aktiv - 14,97 Mill. EUR	- 52,10 Mill. EUR
	- Photovoltaik Förderaktion - 35,00 Mill. EUR	
	- Solarthermie - 2,00 Mill. EUR	
1/43188	Flexible Reserve Emissionshandel	- 49,26 Mill. EUR
	Minderausgaben beim Handel von Emissionsrechten aufgrund des gesunkenen Preises von CO ₂ -Emissionszertifikaten und aufgrund des durch die Wirtschaftskrise bedingten geringeren Bedarfes der Zuteilung an CO ₂ -Zertifikaten. Dem Voranschlag liegt die Annahme zugrunde, dass für 2,5 Mill. Tonnen CO ₂ Zertifikate zu einem Preis von 29 EUR/Tonne gekauft werden müssen, tatsächlich wurden nur Zertifikate für 1,7 Mill. Tonnen gekauft. Der Preis betrug 13 EUR pro Tonne CO ₂ Äquivalent.	- 49,26 Mill. EUR
2/43	Umwelt	
2/431	Umweltschutz	
2/4313	Wasserwirtschaft gemäß UFG (zweckgebundene Gebarung)	
2/43130	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen	- 29,32 Mill. EUR
	Geringere Überweisungen von Steueranteilen und Zinsen (Sonderkonto) entsprechend des geringeren Liquiditätsbedarfs beim korrespondierenden Ausgabenansatz.	- 33,78 Mill. EUR
	Mehreinnahmen vom Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (Sondertranchen) entsprechend des höheren zweckgebundenen Liquiditätsbedarfs beim korrespondierenden Ausgabenansatz.	+ 5,29 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

Untergliederung 44: Finanzausgleich

Ausgaben

In der Untergliederung 44 betragen die Ausgaben 736,16 Mill. EUR und somit 1,1 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 672,10 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 64,06 Mill. EUR (+ 9,5 %) mehr ausgegeben.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag im Zusammenhang mit der Aufstockung des Katastrophenfonds (+ 35,16 Mill. EUR). Dieser VA-Ansatz wurde erst 2010 eröffnet, um die Ausgaben des Katastrophenfonds transparenter auszuweisen. Weitere Mehrausgaben entstanden durch höhere Anforderungen von Mitteln des Katastrophenfonds durch Länder, Feuerwehren und BMLFUW zur Abdeckung von Schäden (+ 22,66 Mill. EUR).

Einnahmen

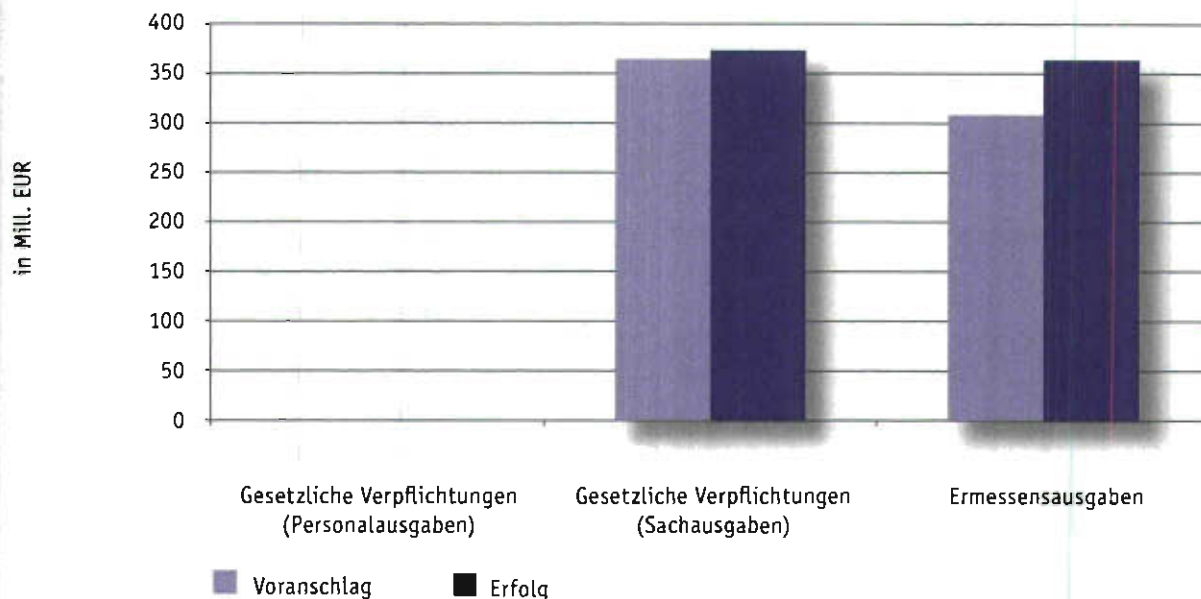
Die Einnahmen betragen 484,75 Mill. EUR und somit 0,8 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 439,72 Mill. EUR wurden 45,02 Mill. EUR (+ 10,2 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag im Zusammenhang mit der Aufstockung des Katastrophenfonds (+ 35,16 Mill. EUR). Dieser VA-Ansatz wurde infolge der Hochwasserereignisse des Jahres 2009 erst 2010 eröffnet. Weitere Mehreinnahmen im Zusammenhang mit der Dotierung des Katastrophenfonds entstanden durch ein höheres Steueraufkommen (+ 11,82 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 44	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR			in %
Sachausgaben	672,10	736,16	+ 64,06	+ 9,5
Gesetzliche Verpflichtungen	363,88	372,75	+ 8,87	+ 2,4
Ermessensausgaben	308,22	363,42	+ 55,20	+ 17,9
Summe	672,10	736,16	+ 64,06	+ 9,5
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,9	1,1		

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
440	Leistungen an Länder und Gemeinden	176,20	187,36	+ 11,15	+ 6,3
442	Zweckzuschüsse des Bundes I	188,79	186,11	- 2,68	- 1,4
443	Zweckzuschüsse des Bundes II	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
444	Katastrophenfonds (zweckgeb. Geb.)	307,11	362,70	+ 55,59	+ 18,1
	Summe Ausgaben	672,10	736,16	+ 64,06	+ 9,5
2/..	Einnahmen				
442	Zweckzuschüsse u. Finanzzuweisungen, Beiträge u. Ersätze	129,61	130,66	+ 1,04	+ 0,8
444	Katastrophenfonds (zweckgeb. Einnahmen)	307,11	354,09	+ 46,98	+ 15,3
449	Einnahmen aus Abfahren gem. KatFG	3,00	0,00	- 3,00	- 100,0
	Summe Einnahmen	439,72	484,75	+ 45,02	+ 10,2
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 232,38	- 251,42	- 19,04	+ 8,2

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/44 Finanzausgleich**1/440 Leistungen an Länder und Gemeinden**

1/44057 Bedarfszuweisungen an Gemeinden nach § 22a FAG + 11,47 Mill. EUR

Mehrausgaben aufgrund der Novelle zum Finanzausgleichsgesetz 2008 betreffend die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden für Getränkesteuerrückzahlungen (BGBl. I Nr. 17/2010). + 11,47 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

11.473.000,- EUR; BMF-112913/17-II/3/2010 v. 02.03.2010

1/444 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

1/44406 Förderungen (variabel) + 5,11 Mill. EUR

Mehrausgaben infolge vermehrter Versicherungsabschlüsse bei der Österreichischen Hagelversicherungsanstalt und höherer Versicherungsprämien. + 5,11 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

5.105.899,74 EUR; BMF-112913/236-II/3/2010 v. 15.12.2010

1/44408 Aufwendungen (variabel) + 15,33 Mill. EUR

Mehrausgaben infolge höherer Anforderungen der Länder, der Feuerwehren und des BMLFUW für Schäden im Vermögen privater Personen und des Bundes sowie für den Ankauf von Katastropheneinsatzgeräten. + 22,66 Mill. EUR

Mindererausgaben infolge geringerer Anforderungen von Gemeinden für vorbeugende Maßnahmen gegen Hochwasser- und Lawinenschäden. - 5,97 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

5.400.000,- EUR; BMF-112913/285-II/3/2010 v. 23.12.2010

1/4442 Katastrophenfonds-Aufstockung (zweckgebundene Gebarung)

1/44428 Aufwendungen + 35,16 Mill. EUR

Im Jahr 2010 wurden die Mittel für den Katastrophenfonds aufgestockt. Diese Mittel sollen dazu dienen, Schäden im Vermögen der Länder, Gemeinden und Privaten aufgrund von Hochwasserereignissen im Jahr 2009 abzudecken. Für die zusätzlichen Ausgaben wurde ein eigener VA-Ansatz eröffnet (korrespondiert mit dem Einnahmenansatz 2/44420), um diese transparent ausweisen zu können. + 35,16 Mill. EUR

Überschreibungsbewilligung:

35.700.000,- EUR; BMF-112913/284-II/3/2010 v. 22.12.2010

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

2/44 Finanzausgleich

2/444 Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

2/44400	Dotierung des Katastrophenfonds	+ 11,82 Mill. EUR
---------	---------------------------------	-------------------

	Mehreinnahmen aufgrund des höheren Aufkommens von Anteilen an Einkommen- und Körperschaftsteuer.	+ 11,82 Mill. EUR
--	---	-------------------

2/4442 Katastrophenfonds-Aufstockung (zweckgebundene Gebarung)

2/44420	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 35,16 Mill. EUR
---------	---------------------------	-------------------

Im Jahr 2010 wurde der Katastrophenfonds aufgestockt, um Schäden im Vermögen der Länder, Gemeinden und Privaten aufgrund von Hochwasserereignissen im Jahr 2009 abzudecken. Diese zusätzlichen Einnahmen wurden aus der UG 16 aus Mitteln der Körperschaftsteuer überwiesen und korrespondieren mit dem Ausgabenansatz 1/44428. Um eine transparente Darstellung der zusätzlichen Mittel zu gewährleisten, wurden eigene VA-Ansätze eröffnet.

		+ 35,16 Mill. EUR
--	--	-------------------

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

Untergliederung 45: Bundesvermögen

Ausgaben

In der Untergliederung 45 betragen die Ausgaben 1.780,24 Mill. EUR und somit 2,6 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.041,66 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 261,42 Mill. EUR (- 12,8 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden für Darlehen an das Ausland, weil bei der Veranschlagung gemäß den Bestimmungen des Zahlungsstabilitätsgesetzes die genaue Struktur der Darlehensauszahlungen noch nicht bekannt war (- 392,61 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben betrafen Zahlungen aus Finanzhaftungen, weil im Jahr 2010 trotz Finanz- und Wirtschaftskrise weniger große Schadensfälle eingetreten waren (- 376,11 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag standen mit der Zeichnung zusätzlicher Kapitalanteile im Rahmen der Kapitalerhöhung 2010 bei der VERBUND AG (+ 510,00 Mill. EUR) in Zusammenhang. Weitere Mehrausgaben betrafen den Ankauf der von den übrigen Aktionären gehaltenen Anteile an der OeNB zur Konsolidierung der Eigentümerschaft (+ 50,03 Mill. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betrugen 1.104,92 Mill. EUR und somit 1,9 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 1.209,57 Mill. EUR wurden 104,65 Mill. EUR (- 8,7 %) weniger eingenommen.

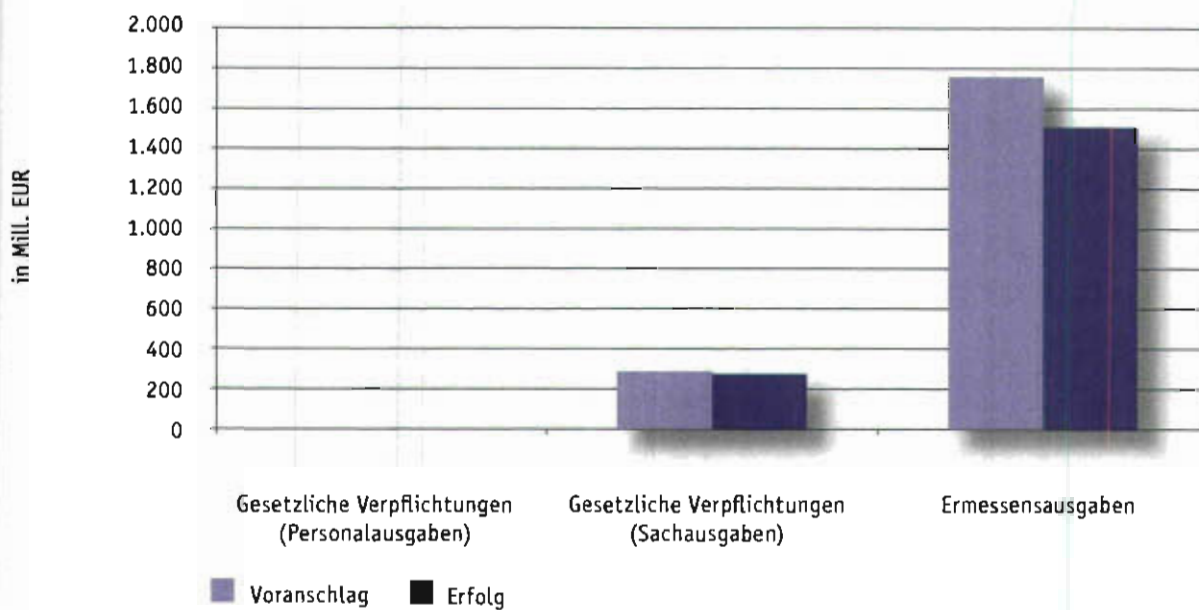
Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden aus geringeren Rückersätzen aus Haftungsinanspruchnahmen im Umschuldungsbereich (- 232,05 Mill. EUR) und aus geringeren Fruchtgenusszahlungen seitens der ASFINAG (- 64,31 Mill. EUR). Weitere Mindereinnahmen resultierten aus geringeren Veräußerungserlösen für militärische Liegenschaften (- 37,59 Mill. EUR).

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag wurden aus der höher als bei BVA-Erstellung angenommenen Gewinnabfuhr der OeNB erzielt (+ 143,72 Mill. EUR). Weitere Mehreinnahmen entstanden aus Haftungsentgelten von ASFINAG und ÖBB-Infrastruktur AG für im Jahr 2010 übernommene Haftungen (+ 69,72 Mill. EUR).

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 45	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Sachausgaben	2.041,66	1.780,24	- 261,42	- 12,8
Gesetzliche Verpflichtungen	285,21	273,38	- 11,83	- 4,1
Ermessensausgaben	1.756,45	1.506,87	- 249,58	- 14,2
Summe	2.041,66	1.780,24	- 261,42	- 12,8
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	2,9	2,6		





BRA 2010

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
45	Bundesvermögen	in Mill. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
450	Kapitalbeteiligung	265,56	825,71	+ 560,15	+ 210,9
451	Kapitalbeteiligung (Sonstiger Aufwand)	0,13	0,05	- 0,08	- 60,8
452	Bundesdarlehen	1.000,37	607,39	- 392,99	- 39,3
454	Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte	0,01	0,16	+ 0,15	k.A
455	Einziehungen zum Bundesschatz	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
456	Unbewegliches Bundesvermögen	9,56	11,35	+ 1,80	+ 18,8
457	Haftungsübernahmen des Bundes	660,25	260,69	- 399,57	- 60,5
458	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	105,78	74,90	- 30,88	- 29,2
	Summe Ausgaben	2.041,66	1.780,24	- 261,42	- 12,8
2/..	Einnahmen				
450	Kapitalbeteiligung (Erträge)	418,20	602,39	+ 184,20	+ 44,0
451	Kapitalbeteiligung (Erlöse)	0,01	0,00	- 0,01	- 94,1
452	Bundesdarlehen	4,66	19,78	+ 15,12	+ 324,3
454	Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte	0,34	1,29	+ 0,96	+ 285,4
455	Einziehungen zum Bundesschatz	5,00	4,48	- 0,52	- 10,3
456	Unbewegliches Bundesvermögen	171,05	77,51	- 93,54	- 54,7
457	Haftungsübernahmen des Bundes	608,29	388,79	- 219,50	- 36,1
458	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	2,02	10,66	+ 8,64	+ 428,0
	Summe Einnahmen	1.209,57	1.104,92	- 104,65	- 8,7
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	- 832,09	- 675,32	+ 156,77	- 18,8

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

45	Bundesvermögen	
1/450	Kapitalbeteiligung	
1/45043	Sonstige Elektrizitätswirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz)	+ 510,00 Mill. EUR
	Mehrausgaben entstanden durch die Zeichnung zusätzlicher Kapitalanteile im Zusammenhang mit der Erhöhung des Grundkapitals 2010 bei der VERBUND AG entsprechend BGBl. I Nr. 86/2010.	+ 510,00 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligung: 510.000.000,- EUR; BMF-112913/277-I/5/2010 v. 22.12.2010	
1/45093	Sonstige Unternehmungen	+ 50,03 Mill. EUR
	Mehrausgaben durch den Ankauf der von den übrigen Aktionären gehaltenen Anteile an der OeNB zur Konsolidierung der Eigentümerschaft (+ 48,52 Mill. EUR), Kapitaleinzahlung an die Bundespensionskasse im Zusammenhang mit einer Grundkapitalerhöhung (+ 1,00 Mill. EUR) sowie aufgrund der Übernahme von Gesellschaftsanteilen der European Financial Stability Facility (EFSF; + 0,51 Mill. EUR).	+ 50,03 Mill. EUR
	Überschreibungsbewilligungen: 48.524.000,- EUR; BMF-112913/0080-I/5/2010 v. 10.6.2010 510.000,- EUR; BMF-112913/0170-III/3/2010 v. 01.10.2010 999.000,- EUR; BMF-112913/0196-I/5/2010 v. 17.11.2010	
1/452	Bundesarlehen	
1/45285	Ausland	- 392,61 Mill. EUR
	Minderausgaben entstanden für Darlehen an das Ausland, weil bei der Veranschlagung gemäß den Bestimmungen des Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetzes (BGBl. I Nr. 31/2010) die genaue Struktur der Darlehensauszahlungen noch nicht bekannt war. Darüber hinaus kam es zu einer Verschiebung der Auszahlung des 3. Darlehens an Griechenland (191,16 Mill. EUR) auf Jänner 2011.	- 392,61 Mill. EUR
1/457	Haftungsübernahmen des Bundes	
1/4570	Ausfuhrförderungsgesetz (AusffG) (zweckgebundene Gebarung)	
1/45707	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) (AusffG)	- 6,20 Mill. EUR
	Minderausgaben an Kapitalertragsteuer im Zusammenhang mit den Mindereinnahmen bei der Eigenverzinsung des Kontos § 7 AusffG. Grund dafür war die nicht absehbare niedrige Zinsentwicklung.	- 6,20 Mill. EUR



BRA 2010

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/45708	<p>Nebengebarung (AusFFG)</p> <p>Mehrausgaben für Rückersätze von Haftungsentgelten für Garantien im Zusammenhang mit der Beendigung der Garantie für das Kraftwerksprojekt Ilisu.</p> <p>Minderausgaben durch die außergewöhnlich günstige Schadensentwicklung und die damit zusammenhängenden geringen Kosten für die Schadensabwicklung (z. B. Rechtsverfolgungskosten).</p> <p>Überschreibungsbewilligung: 29.000.000,- EUR; BMF-112913/0254-III/8/2010 v. 19.11.2010</p>	<p>+ 20,63 Mill. EUR</p> <p>+ 28,05 Mill. EUR</p> <p>- 7,21 Mill. EUR</p>
1/45709	<p>Zahlungen aus Finanzhaftungen (AusFFG) (B)</p> <p>Minderausgaben für Schadenszahlungen aus Haftungsübernahmen für Garantien (371,39 Mill. EUR), Wechselbürgschaften (3,44 Mill. EUR) sowie die Oesterreichische Entwicklungsbank AG (1,28 Mill. EUR), weil im Jahr 2010 trotz Finanz- und Wirtschaftskrise keine großen Schadensfälle zu verzeichnen waren.</p>	<p>- 376,11 Mill. EUR</p> <p>- 376,11 Mill. EUR</p>
1/4571	<p>Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG)</p>	
1/45718	<p>Nebengebarung (AFFG)</p> <p>Minderausgaben infolge geringerer Kursverluste bei Zinszahlungen von CHF-Verbindlichkeiten.</p>	<p>- 8,25 Mill. EUR</p> <p>- 9,52 Mill. EUR</p>
1/4572	<p>Ausfuhrförderungsgesetz (AFG) (Übrige Gebarung)</p>	
1/45729	<p>Zahlungen aus Finanzhaftungen (AusFFG) (B)</p> <p>Minderausgaben bei den Schadenszahlungen aus Garantieübernahmen, weil trotz Finanz- und Wirtschaftskrise keine Inanspruchnahme des Budgets erforderlich war und sämtliche Ausgaben im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung bedeckt werden konnten.</p>	<p>- 20,50 Mill. EUR</p> <p>- 20,50 Mill. EUR</p>
1/4573	<p>Sonstige Finanzhaftungen</p>	
1/45738	<p>Nebengebarung (Sonstige Finanzhaftungen)</p> <p>Minderausgaben für Zahlungen an die Austria Wirtschaftservice GmbH aufgrund geringerer Schadloshaltungszahlungen als bei Voranschlagserstellung angenommen. Grund dafür waren zeitliche Verschiebungen in Tilgungsplänen und weniger Schadensfälle als erwartet.</p>	<p>- 8,86 Mill. EUR</p> <p>- 8,86 Mill. EUR</p>

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

458	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
1/4582	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien	
1/45826	Kostenersatz an IAKW	- 10,50 Mill. EUR
	Minderausgaben für laufende Transferzahlungen an das IAKW infolge der Verschiebung von Teilen der Asbestsanierungsarbeiten im Internationalen Konferenzzentrum Wien auf das Folgejahr.	- 10,50 Mill. EUR
4584	Sonstige Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
1/45847	Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	- 5,75 Mill. EUR
	Minderausgaben infolge der Verschiebung des Beginns der Einlösung von Bundesschatzscheinen im Rahmen der 5. Wiederauffüllung des Globalen Umweltfazilität-Treuhandfonds auf das Jahr 2011.	- 5,75 Mill. EUR
1/45868	Schuldenerleichterung infolge internationaler Aktionen	- 20,20 Mill. EUR
	Minderausgaben infolge der nicht absehbaren außerordentlich niedrigen Zinsenentwicklungen bei den Ausgaben für Schuldenerleichterungen für Länder mit mittlerem Einkommen sowie für hoch verschuldete arme Länder (HIPC).	- 20,20 Mill. EUR
2/45	Bundesvermögen	
2/450	Kapitalbeteiligung (Erträge)	
2/4504	Elektrizitätswirtschaft	
2/45044	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 37,18 Mill. EUR
	Mehreinnahmen durch eine höhere Dividendenabfuhr der Verbund AG.	+ 37,18 Mill. EUR
2/4507	Oesterreichische Nationalbank	
2/45074	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 143,72 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus der Gewinnabfuhr der OeNB. Entgegen den Annahmen bei BVA-Erstellung (43,39 Mill. EUR) betrug der Anteil des Bundes am Gewinn der OeNB für das Geschäftsjahr 2009 187,11 Mill. EUR.	+ 143,72 Mill. EUR
2/452	Bundesarlehen	
2/4528	Ausland	
2/45284	Zinsen	+ 14,55 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus Gebühren und Zinsen für zwei im Jahre 2010 an Griechenland gewährte Darlehen.	+ 14,55 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

2/456	Unbewegliches Bundesvermögen	
2/45607	Veräußerungen	+ 14,70 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aus der Veräußerung von sonstigen Liegenschaften durch höhere Nachbesserungszahlungen seitens der BIG.	+ 11,96 Mill. EUR
2/45617	Militärische Liegenschaften (Veräußerungen)	- 37,59 Mill. EUR
	Mindereinnahmen infolge geringerer durch die SIVBEG erzielter Veräußerungserlöse.	- 37,59 Mill. EUR
2/45624	Fruchtgenussentgelte und Abgeltung	- 5,35 Mill. EUR
	Mindereinnahmen aufgrund geringerer Fruchtgenusszahlungen seitens der ÖBf AG.	- 5,35 Mill. EUR
2/45626	Fruchtgenussentgelt	- 64,31 Mill. EUR
	Mindereinnahmen aufgrund geringerer Fruchtgenussentgeltzahlungen durch die ASFINAG.	- 64,31 Mill. EUR
2/457	Haftungsübernahmen des Bundes	
2/4570	Ausfuhrförderungsgesetz (Ausffg)(zweckgebundene Gebarung)	
2/45700	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (Ausffg)	- 36,23 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei den sonstigen Zinsen aufgrund der nicht absehbaren außerordentlich niedrigen Zinsentwicklung.	- 24,79 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei den sonstigen Einnahmen durch den geringen Anfall an Zinsen auf Schadensfälle bzw. aus Umschuldungsfällen aufgrund der nicht absehbaren außerordentlich niedrigen Zinsentwicklung.	- 16,69 Mill. EUR
	Mehreinnahmen bei den Haftungsentgelten infolge des höheren Anfalls an Haftungsentgelten bei den Wechselbürgschaften (+ 23,58 Mill. EUR). Demgegenüber Mindereinnahmen infolge geringeren Anfalls an Haftungsentgelten aus Haftungsübernahmen gemäß Ausffg aufgrund der niedrigeren Nachfrage nach Exportgarantien sowie des Fehlens von Garantieentgelten für Großprojekte (- 19,18 Mill. EUR).	+ 4,40 Mill. EUR
2/45702	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen (Ausffg)	- 232,05 Mill. EUR
	Die Mindereinnahmen sind auf geringere Rückersätze aus Haftungsinanspruchnahmen von Garantien (228,63 Mill. EUR), Wechselbürgschaften (2,92 Mill. EUR) sowie der Oesterreichischen Entwicklungsbank AG (0,50 Mill. EUR) zurückzuführen.	- 232,05 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

2/4571	Ausführfinanzierungsförderungsgesetz (AFFG)	
2/45710	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen (AFFG)	- 9,52 Mill. EUR
	Mindereinnahmen infolge geringerer Kursgewinne bei Zinssenzahlungen von CHF-Verbindlichkeiten.	- 9,52 Mill. EUR
2/45714	Erfolgswirksame Einnahmen	- 13,35 Mill. EUR
	Mindereinnahmen an Haftungsentgelten (AFFG) resultierend aus geringeren Haftungsübernahmen aufgrund des verminderten Refinanzierungsvolumens der Oesterreichischen Kontrollbank AG.	- 13,35 Mill. EUR
2/4573	Sonstige Finanzhaftungen	
2/45734	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 71,60 Mill. EUR
	Bei Erstellung des BVA wurden die Haftungsentgelte nur von den bereits eingegangenen Haftungen veranschlagt. Die Mehreinnahmen an Haftungsentgelten entstanden aufgrund der für die ASFINAG (28,51 Mill. EUR) und die ÖBB-Infrastruktur AG (41,21 Mill. EUR) im Jahr 2010 übernommenen Haftungen und des damit für die gesamte Laufzeit bei Übernahme fällig gewordenen diskontierten Haftungsentgelts.	+ 69,72 Mill. EUR
2/458	Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen	
2/4582	Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien	
2/45824	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 5,39 Mill. EUR
	Mehreinnahmen aufgrund der Leistung eines Kostenbeitrags der Gemeinde Wien an den Baukosten der Konferenzhalle und für die Asbestsanierung des Internationalen Amtssitzentrums.	+ 5,37 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

Untergliederung 46: Finanzmarktstabilität

Ausgaben

In der Untergliederung 46 betragen die Ausgaben 528,14 Mill. EUR und somit 0,8 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 503,01 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 25,13 Mill. EUR (+ 5,0 %) mehr ausgegeben.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden infolge Zeichnung von Partizipationskapital bei der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG zur Stabilisierung der Eigenmittelausstattung (+ 450,00 Mill. EUR), da bereits bei der BVA-Erstellung eine Bedeckung dieser Ausgaben aus den Rücklagen vorgesehen war.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen geringere Ausgabenerfordernisse für Kapitaltransferzahlungen (- 425,00 Mill. EUR) aufgrund des geringeren **Gesellschafterzuschusses** an die KA Finanz AG.

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 572,24 Mill. EUR und somit 1,0 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 755,01 Mill. EUR wurden 182,77 Mill. EUR (- 24,2 %) weniger eingenommen.

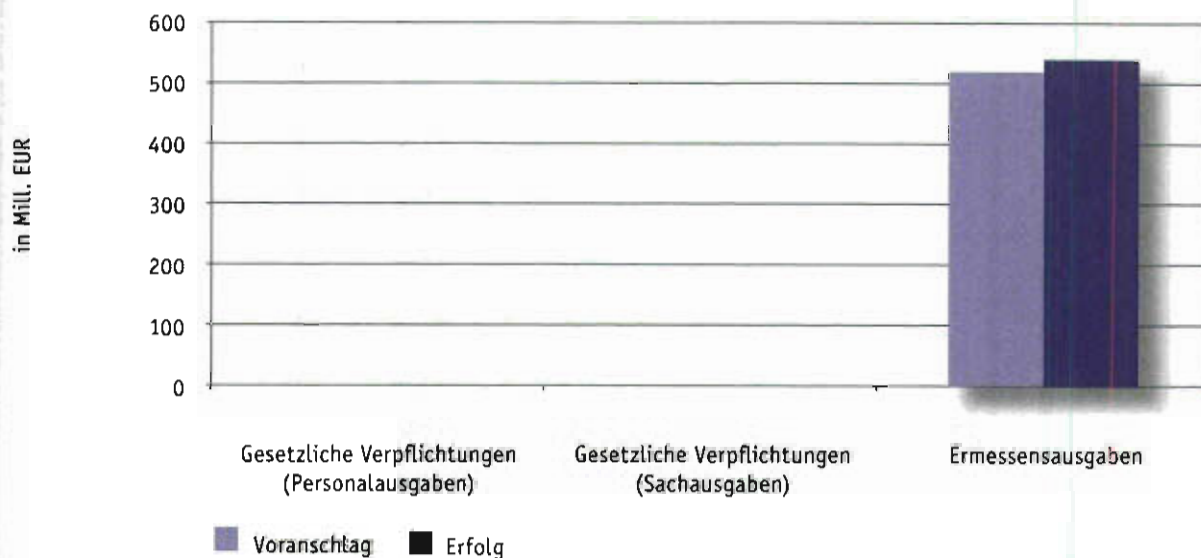
Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen geringere Dividendenzahlungen aufgrund niedrigerer bzw. späterer Zeichnung von Partizipationskapital und den Ausfall von Dividendenzahlungen zweier Kreditinstitute (- 318,51 Mill. EUR).

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag resultierten vorwiegend aus Haftungsentgelten (+ 127,51 Mill. EUR) gemäß Interbankmarktstärkungsgesetz und Finanzmarktstabilitätsgesetz, weil für 2010 von einem **sinkenden Haftungsvolumen** ausgegangen worden war.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 46	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
			in Mill. EUR	in %
Sachausgaben	503,01	528,14	+ 25,13	+ 5,0
Gesetzliche Verpflichtungen	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
Ermessensausgaben	503,01	528,14	+ 25,13	+ 5,0
Summe	503,01	528,14	+ 25,13	+ 5,0
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	0,7	0,8		

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen



UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
46	Finanzmarktstabilität	in Mill. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
460	Leistungen gem. FinStaG	503,01	528,14	+ 25,13	+ 5,0
461	Darlehen	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
	Summe Ausgaben	503,01	528,14	+ 25,13	+ 5,0
2/..	Einnahmen				
460	Leistungen gem. FinStaG	755,00	572,24	- 182,77	- 24,2
461	Darlehen	0,00	0,00	- 0,00	- 100,0
	Summe Einnahmen	755,01	572,24	- 182,77	- 24,2
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	252,00	44,09	- 207,90	- 82,5

1/46 Finanzmarktstabilität**1/4600 Leistungen gemäß FinStaG**

1/46003 Anlagen + 450,00 Mill. EUR

Bei Erstellung des BVA war eine Bedeckung dieser Ausgaben aus den Rücklagen vorgesehen. Die Mehrausgaben entstanden infolge Zeichnung von Partizipationskapital bei der HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG zur Stabilisierung der Eigenmittelausstattung.

+ 450,00 Mill. EUR

Überschreitungsbewilligung:

450.000.000,- EUR; BMF-112913/0287-1/5/2010 v. 14.12.2010



BRA 2010

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/46008	Aufwendungen	- 424,86 Mill. EUR
	Minderausgaben für Kapitaltransferzahlungen gemäß § 2 Abs. 1 Z.3 Finanzmarktstabilitätsgesetz aufgrund geringeren Gesellschafterzuschusses an die KA Finanz AG.	- 425,00 Mill. EUR
2/46 Finanzmarktstabilität		
2/4600	Leistungen gemäß FinStaG	
2/46004	Erfolgswirksame Einnahmen	- 316,50 Mill. EUR
	Mindereinnahmen an Dividendenzahlungen aufgrund niedrigerer bzw. späterer Zeichnung von Partizipationskapital und durch den Ausfall von Dividendenzahlungen zweier Kreditinstitute. Bei Erstellung des BVA wurde von Partizipationskapital in Höhe von 9.700,00 Mill. EUR mit 8,0 % Dividenden und einer Ausfallsquote bei den Dividendenzahlungen von 25,0 % ausgegangen. Tatsächlich wurden bis Ende 2010 5.847,00 Mill. EUR an Partizipationskapital gezeichnet, von den zu leistenden Dividenden in Höhe von 428,50 Mill. EUR langten nur 263,49 Mill. EUR ein, wodurch die Ausfallsquote bei rd. 38,5 % lag.	- 318,51 Mill. EUR
2/4602	Haftungen gemäß Finanzmarktstabilität	
2/46024	Erfolgswirksame Einnahmen	+ 133,74 Mill. EUR
	Mehreinnahmen an Haftungsentgelten gemäß Interbankmarktstärkungsgesetz und Finanzmarktstabilitätsgesetz, weil bei Erstellung des BVA das Interbankmarktstärkungsgesetz mit 31.12.2009 befristet war und für 2010 von einem sinkenden Haftungsvolumen ausgegangen wurde. Die Verlängerung des Interbankmarktstärkungsgesetzes bis 31.12.2010 wurde erst im Dezember 2009 vom Nationalrat beschlossen.	+ 127,51 Mill. EUR
	Mehreinnahmen an Haftungsentgelten gemäß Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz, weil das Gesetz erst nach BVA Erstellung beschlossen wurde.	+ 6,23 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

Untergliederung 51: Kassenverwaltung

Ausgaben

In der Untergliederung 51 betragen die Ausgaben 614,00 Mill. EUR und somit 0,9 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 720,32 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 106,32 Mill. EUR (- 14,8 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden beim Geldverkehr des Bundes bei Aufwendungen für Devisentermingeschäfte (- 50,00 Mill. EUR) und für Kursverluste (- 48,97 Mill. EUR): Aufgrund der Finanzmarktsituation zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung wurde für eventuelle unvorhersehbare Marktsituationen am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt. Da sich der Geldmarkt im Laufe des Jahres 2010 positiv entwickelte, kam es sowohl ausgaben- als auch einnahmenseitig zu geringerer Ausnützung der vorgesorgten Voranschlagsbeträge. Weitere Minderausgaben für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft (- 33,78 Mill. EUR) waren durch geringere Anforderungen des BMLFUW zu verzeichnen.

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag wurden vorwiegend zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage für die Siedlungswasserwirtschaft getätigt (+ 31,16 Mill. EUR).

Einnahmen

Die Einnahmen betragen 2.752,39 Mill. EUR und somit 4,6 % der Gesamteinnahmen des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 2.326,68 Mill. EUR wurden 425,71 Mill. EUR (+ 18,3 %) mehr eingenommen.

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden hauptsächlich durch die Entnahmen aus der Ausgleichsrücklage (+ 525,00 Mill. EUR), aus der besonderen Rücklage (UG-Rücklage) (+ 271,22 Mill. EUR), aus der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage (+ 64,73 Mill. EUR) sowie aus der besonderen Aufwendungen-Rücklage (UG-Rücklage) (+ 53,85 Mill. EUR).

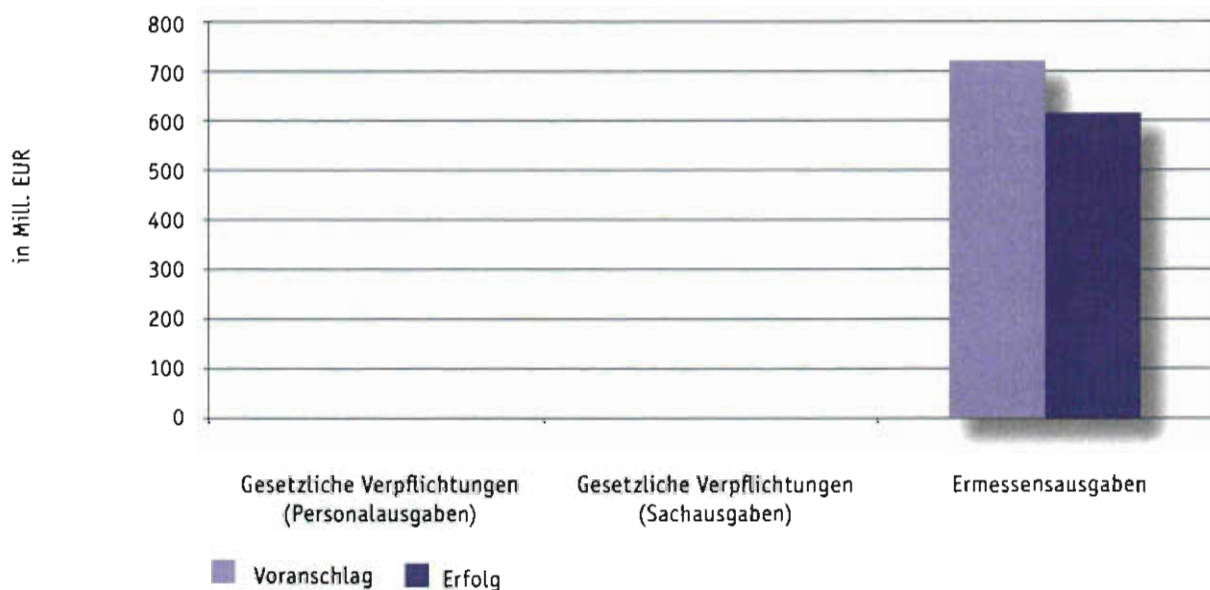
Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag waren beim Geldverkehr des Bundes für Kursgewinne (- 347,99 Mill. EUR) und bei den erfolgswirksamen Einnahmen aus Devisentermingeschäften (- 50,00 Mill. EUR) zu verzeichnen: Aufgrund der Finanzmarktsituation zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung wurde für eventuelle unvorhersehbare Marktsituationen am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt. Da sich der Geldmarkt im Laufe des Jahres 2010 positiv entwickelte, kam es sowohl ausgaben- als auch einnahmenseitig zu geringerer Ausnützung der vorgesorgten Voranschlagsbeträge. Weitere Mindereinnahmen entstanden durch abweichende

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

Bilanzstichtage zwischen EGFL (EU-Strukturfonds) und Bund, wodurch der betreffende Erstattungsbetrag des EGFL erst im Jahr 2010 ausbezahlt wird (- 83,60 Mill. EUR).

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 51	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Sachausgaben (Ermessensausgaben)	720,32	614,00	- 106,32	- 14,8
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	1,0	0,9		



Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
51	Kassenverwaltung		in Mill. EUR		in %
1/..	Ausgaben				
510	Geldverkehr des Bundes	405,00	301,26	- 103,74	- 25,6
511	Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)	315,31	281,54	- 33,78	- 10,7
512	Rücklagen	0,01	31,21	+ 31,20	k.A
	Summe Ausgaben	720,32	614,00	- 106,32	- 14,8
2/..	Einnahmen				
510	Geldverkehr des Bundes	457,79	28,74	- 429,05	- 93,7
511	Geldverkehr des Bundes (zweckgeb. Gebarung)	309,62	307,01	- 2,61	- 0,8
512	Rücklagen	20,83	974,03	+ 953,20	k.A
513	Zahlungen von der EU	0,00	- 0,01	- 0,01	- 289,5
514	Zahlungen aus den EU-Fonds (Periode 2000-2006)	0,00	5,72	+ 5,72	k.A
515	Europ. Solidaritätsfonds, Kostenersätze von der EU und EGF	1,20	6,66	+ 5,45	+ 453,7
516	Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2007-2013)	1.537,22	1.430,23	- 106,98	- 7,0
	Summe Einnahmen	2.326,68	2.752,39	+ 425,71	+ 18,3
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	1.606,36	2.138,38	+ 532,02	+ 33,1

1/51 Kassenverwaltung

1/510 Geldverkehr des Bundes

1/51038 Kursverluste - 48,97 Mill. EUR

Die Abwicklung der Restrukturierungsfälle aus dem Jahr 2007 führte in der UG 51 zu einer negativen Saldenveränderung in Höhe von 299 Mill. EUR (siehe auch VA-Ansatz 2/51034). Mit den bereits im Budgetjahr 2008 erhaltenen Einnahmen in Höhe von 2,8 Mill. EUR ergibt sich per Saldo eine budgetäre Auswirkung in Höhe von 296,2 Mill. EUR. Damit konnte das vom RH im Rechnungshofbericht betreffend Finanzierungsinstrumente der Gebietskörperschaften (Bund 2009/8) auf der Grundlage von Berechnungen der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur ausgewiesene Risiko von rd. 380 Mill. EUR um rd. 84 Mill. EUR oder 22 % reduziert werden.

- 48,97 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

1/5105	Devisentermingeschäfte	
1/51058	Aufwendungen	- 50,00 Mill. EUR
	Aufgrund der Finanzmarktsituation zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung wurde für eventuelle unvorhersehbare Marktsituationen am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt. Da sich der Geldmarkt im Laufe des Jahres 2010 positiv entwickelte, kam es sowohl ausgabenseitig als auch einnahmenseitig zu keiner Ausnützung der vorgesorgten Voranschlagsbeträge (siehe auch VA-Ansatz 2/51054).	- 50,00 Mill. EUR
1/511	Geldverkehr des Bundes (zweckgebundene Gebarung)	
1/51111	Siedlungswasserwirtschaft	
1/51118	Aufwendungen	- 33,78 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund geringerer Anforderung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft.	- 33,78 Mill. EUR
1/512	Rücklagen	
1/51239	Zuführung zu zweckgebunden Einnahmen-Rücklagen (Sonderkonten des Bundes)	+ 31,20 Mill. EUR
	Mehrausgaben zur Bildung einer entsprechenden Haushaltsrücklage für die Siedlungswasserwirtschaft.	+ 31,16 Mill. EUR
2/51	Kassenverwaltung	
	Die nicht erzielten Mehreinnahmen in der Höhe von 1.000,- EUR entstanden dadurch, dass irrtümlich - neben den tatsächlichen Einnahmen - auch der BVA-Betrag für erforderliche Bedeckungen verwendet wurde.	
2/510	Geldverkehr des Bundes	
2/51034	Kursgewinne	- 347,99 Mill. EUR
	Die Abwicklung der Restrukturierungsfälle aus dem Jahr 2007 führte in der UG 51 zu einer negativen Saldenveränderung in Höhe von 299 Mill. EUR (siehe auch VA-Ansatz 2/51034). Mit den bereits im Budgetjahr 2008 erhaltenen Einnahmen in Höhe von 2,8 Mill. EUR ergibt sich per Saldo eine budgetäre Auswirkung in Höhe von 296,2 Mill. EUR. Damit konnte das vom RH im Rechnungshofbericht betreffend Finanzierungsinstrumente der Gebietskörperschaften (Bund 2009/8) auf der Grundlage von Berechnungen der Österreichischen Bundesfinanzierungsagentur ausgewiesene Risiko von rd. 380 Mill. EUR um rd. 84 Mill. EUR oder 22 % reduziert werden.	- 347,99 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

2/51044	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr	- 31,06 Mill. EUR
	Das deutlich geringere Zinsniveau im Vergleich zum Zeitpunkt der Budgeterstellung führte zu Mindereinnahmen bei der Veranlagung von Kassenbeständen.	- 31,06 Mill. EUR
2/5105	Devisentermingeschäfte	
2/51054	Erfolgswirksame Einnahmen	- 50,00 Mill. EUR
	Aufgrund der Finanzmarktsituation zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung wurde für eventuelle unvorhersehbare Marktsituationen am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt. Da sich der Geldmarkt im Laufe des Jahres 2010 positiv entwickelte, kam es sowohl einnahmenseitig als auch ausgabenseitig zu keiner Ausnützung der vorgesorgten Voranschlagsbeträge (siehe auch VA-Ansatz 1/51058).	- 50,00 Mill. EUR
2/512	Rücklagen	
2/51217	Entnahme aus allgemeiner Rücklage (UG-Rücklage) (nicht veranschlagt)	+ 34,09 Mill. EUR
	Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 28.324.625,00 EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z. 3 BFG 2010) sowie i.H.v. 5.768.370,00 EUR gemäß BHG (§ 41 Abs. 3 Z. 1 BHG) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.	+ 34,09 Mill. EUR
2/51227	Entnahme aus Rücklage (Flexibilisierungsklausel) (nicht veranschlagt)	+ 8,00 Mill. EUR
	Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 6.989.874,09 EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z. 1 BFG 2010), i.H.v. 757.864,43 EUR gemäß BHG (§ 17a Abs. 5 BHG) sowie i.H.v. 252.340,00 EUR gemäß BHG (§ 41 Abs. 3 Z. 1 BHG) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.	+ 8,00 Mill. EUR
2/51247	Entnahme aus zweckgebundener Einnahmen-Rücklage (nicht veranschlagt)	+ 65,18 Mill. EUR
	Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 63.532.487,59 EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z. 1 BFG 2010) sowie i.H.v. 1.200.000,00 EUR gemäß BHG (§ 41 Abs. 3 Z. 1 BHG) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.	+ 64,73 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

2/51257	Entnahme aus Ausgleichsrücklage Mehreinnahmen infolge von Entnahmen gemäß BFG (Art. VI Abs. 1 Z. 3c BFG 2010) i.H.v. 450.000.000,00 EUR zur Einzahlung von Partizipationskapital gemäß § 2 (1) Z. 3 Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG), BGBl. I Nr. 136/2008, an die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG sowie i.H.v. 75.000.000,00 EUR als Restrukturierungsbeitrag (Gesellschafterzuschuss) an die KA Finanz AG.	+ 527,21 Mill. EUR + 525,00 Mill. EUR
2/51267	Entnahme aus besonderer Rücklage (UG-Rücklage) (nicht veranschlagt) Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 258.345.265,00 EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z. 3 BFG 2010) sowie i.H.v. 12.875.540,29 EUR gemäß BHG (§ 41 Abs. 3 Z. 1 BHG) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.	+ 271,22 Mill. EUR + 271,22 Mill. EUR
2/51287	Entnahme aus besonderer Aufwendungen-Rücklage (UG-Rücklage) (nicht veranschlagt) Mehreinnahmen infolge von Entnahmen i.H.v. 35.027.863,00 EUR gemäß BFG (Art. IV Abs. 3 Z. 3 BFG 2010) sowie i.H.v. 18.819.147,67 EUR gemäß BHG (§ 41 Abs. 3 Z. 1 BHG) zur Bedeckung von überplanmäßigen Ausgaben.	+ 53,85 Mill. EUR + 53,85 Mill. EUR
2/51297	Auflösung von Rücklagen Mindereinnahmen, da von der veranschlagten Rücklagenauflösung beim BE-Konto 2989/652 „Verkehrswirtschaftliche Maßnahmen“ bereits 6.741.093,29 EUR als Bedeckung für eine überplanmäßige Ausgabe beim VA-Ansatz 1/41147 herangezogen wurden.	- 6,74 Mill. EUR - 6,74 Mill. EUR
2/51506	Europäischer Globalisierungsfonds (EGF) Mehreinnahmen aufgrund der Auszahlung des genehmigten Antrages auf Unterstützung für Arbeitnehmer in der Steiermark.	+ 5,70 Mill. EUR + 5,70 Mill. EUR
2/516	Zahlungen aus den EU-Strukturfonds (Periode 2007-2013)	
2/51604	Europäischer Sozialfonds (EU/Arbeitsmarktpolitik) Mindereinnahmen, da die Refundierungen aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen in Österreich und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen von der Europäischen Kommission erfolgen.	- 27,98 Mill. EUR - 27,98 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

2/51605	Europäischer Regionalfonds (EU)	- 28,84 Mill. EUR
	Mindereinnahmen, da die Refundierungen aufgrund der real durchgeführten Auszahlungen in Österreich und der darauf beruhenden Mittelanforderungen bzw. Überweisungen von der Europäischen Kommission erfolgen.	- 28,84 Mill. EUR
2/51614	Europäischer Landwirtschaftsfonds (EU) - ELER	+ 33,31 Mill. EUR
	Mehreinnahmen, weil aufgrund der abweichenden Bilanzstichtage zwischen ELER und Bund der Erstattungsbetrag des ELER für die Zahlungen des Bundes in unterschiedlichen Jahren erfolgt.	+ 33,31 Mill. EUR
2/51615	Europäischer Garantiefonds (EU) - EGFL	- 83,60 Mill. EUR
	Mindereinnahmen, weil aufgrund der abweichenden Bilanzstichtage zwischen EGFL und Bund der Erstattungsbetrag des EGFL für die Zahlungen des Bundes zum Jahresende erst im Folgejahr erfolgt.	- 83,60 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

Untergliederung 58: Finanzierungen, Währungstauschverträge

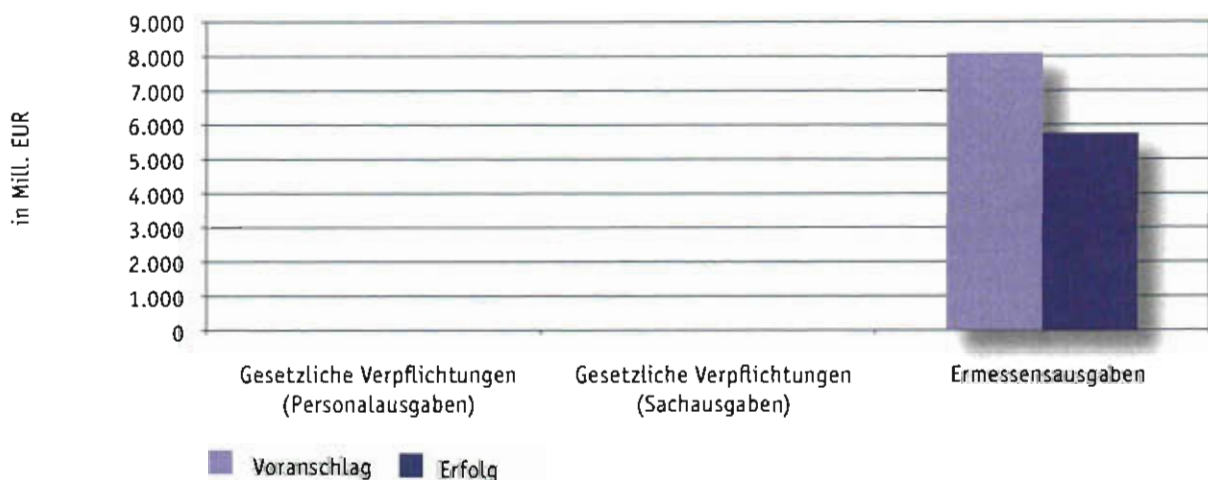
Ausgaben – Allgemeiner Haushalt

In der Untergliederung 58 – Allgemeiner Haushalt – betragen die Ausgaben 5.742,76 Mill. EUR und somit 8,5 % der Gesamtausgaben des Allgemeinen Haushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 8.080,23 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 2.337,46 Mill. EUR (- 28,9 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag betrafen den Sonstigen Aufwand – NETTO⁷³ (- 1.465,21 Mill. EUR) sowie Verzinsung und Aufgeld – NETTO (- 788,08 Mill. EUR) für Finanzierungen infolge des geringeren Budgetdefizits. Weitere Minderausgaben für Verzinsung und Aufgeld – NETTO konnten durch die geringere Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen erzielt werden (- 92,00 Mill. EUR): Aufgrund der Finanzmarktsituation bei BVA-Erstellung war schon für eventuelle Engpässe am Geldmarkt vorgesorgt worden.

Übersicht über die Abweichungen der Ausgaben:

Untergliederung 58	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR		in %	
Sachausgaben (Ermessensausgaben)	8.080,23	5.742,76	- 2.337,46	- 28,9
Anteil an den Ausgaben des Allg. Haushalts in %	11,4	8,5		



⁷³ Die budgetäre Notifikation ist eine Meldeverpflichtung der EU-Länder an die Europäische Kommission zu Verschuldungs- und Defizitdaten des Staates (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger) gemäß EU-Verordnung, die zweimal jährlich erfolgt (jeweils Ende März und Ende September). Die Berechnung und Übermittlung der Daten erfolgt durch die Statistik Austria.

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	in Mill. EUR		in %	
1/..	Ausgaben				
581	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Zinsen	7.698,24	6.937,69	- 760,55	- 9,9
582	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Aufwand	256,23	- 1.208,68	- 1.464,92	- 571,7
586	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Zinsen	105,75	13,75	- 92,00	- 87,0
587	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Aufwand	20,01	0,01	- 19,99	- 99,9
	Summe Ausgaben	8.080,23	5.742,76	- 2.337,46	- 28,9

Ausgaben - Ausgleichshaushalt

In der Untergliederung 58 - Ausgleichshaushalt - betragen die Ausgaben 47.031,43 Mill. EUR und somit 100,0 % der Gesamtausgaben des Ausgleichshaushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 96.251,19 Mill. EUR wurden bei den Sachausgaben 49.219,76 Mill. EUR (- 51,1 %) weniger ausgegeben.

Minderausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vorwiegend bei der Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen, weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde (insgesamt - 39.699,69 Mill. EUR). Weitere Minderausgaben konnten durch den geringeren Erwerb von Bundstiteln infolge geringerer Notwendigkeit, am Sekundärmarkt tätig zu werden, bzw. durch die geringere Inanspruchnahme der Pauschalvorsorge für die Tilgung von Kreditoperationen erzielt werden (insgesamt - 13.183,38 Mill. EUR).

Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Tilgung von - nach BVA-Erstellung im Jahr 2009 begebenen - Austrian Treasury Bills (ATB)-Finanzierungen, welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden (insgesamt + 3.663,31 Mill. EUR).

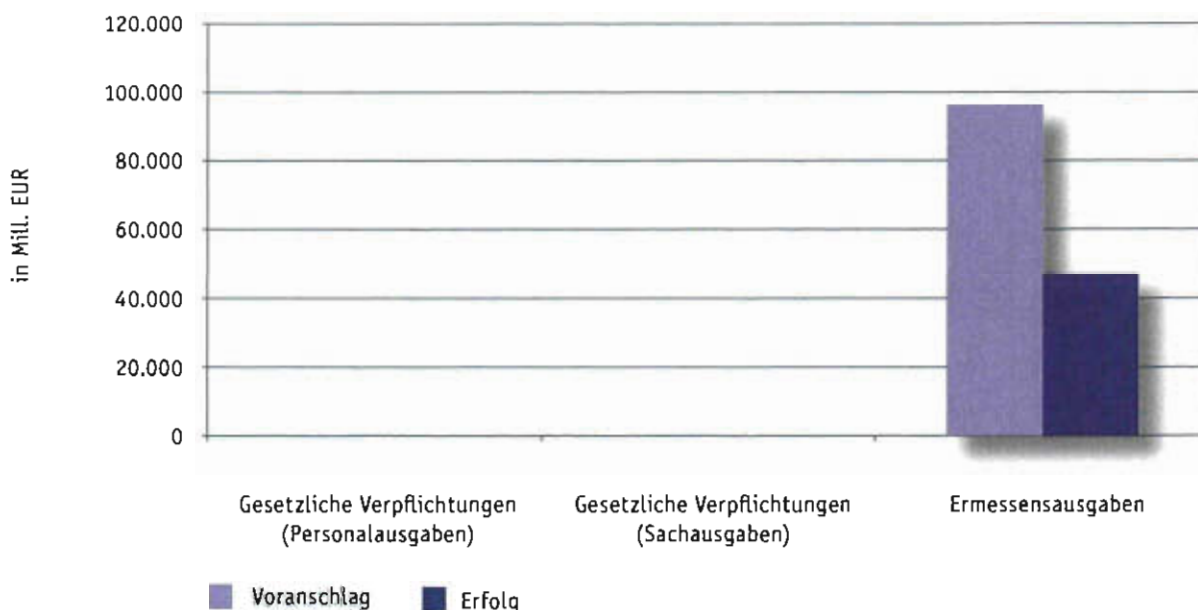
Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

Einnahmen - Ausgleichshaushalt

Die Einnahmen betragen 54.884,15 Mill. EUR und somit 100,0 % der Gesamteinnahmen des Ausgleichshaushalts. Gegenüber dem Bundesvoranschlag mit 109.426,75 Mill. EUR wurden 54.542,60 Mill. EUR (- 49,8 %) weniger eingenommen.

Mindereinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden vorwiegend infolge geringerer kurzfristiger Mittelaufnahmen (insgesamt - 39.699,64 Mill. EUR), weil infolge der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt worden war. Weitere Mindereinnahmen betrafen die Pauschalvorsorge für Schuldaufnahmen infolge der endgültigen Verrechnung der Einnahmen aus der Aufnahme von Finanzschulden bei den sachlich in Betracht kommenden VA-Ansätzen, und infolge des deutlich geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen Finanzierungsnotwendigkeit (- 34.236,23 Mill. EUR).

Mehreinnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag entstanden durch die Aufnahme von Finanzschulden (insgesamt + 15.741,90 Mill. EUR). Weitere Mehreinnahmen entstanden durch die Tilgung diverser Austrian Treasury Bills (ATB)-Finanzierungen aus dem Jahr 2009, welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden (insgesamt + 3.651,37 Mill. EUR).



Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

UG	Bezeichnung	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	in Mill. EUR		in %	
7/..	Ausgaben				
580	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Kapital	36.251,19	26.731,11	- 9.520,07	- 26,3
585	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge - Kapital	60.000,01	20.300,32	- 39.699,69	- 66,2
	Summe Ausgaben	96.251,19	47.031,43	- 49.219,76	- 51,1
8/..	Einnahmen				
580	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Kapital	49.426,75	34.583,79	- 14.842,96	- 30,0
585	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge - Kapital	60.000,01	20.300,37	- 39.699,64	- 66,2
	Summe Einnahmen	109.426,75	54.884,15	- 54.542,60	- 49,8
	Saldo Einnahmen/Ausgaben	13.175,56	7.852,72	- 5.322,84	- 40,4

58 Finanzierungen, Währungstauschverträge**7/580 Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Kapital**

7/58009 Tilgung, Erwerb von Wertpapieren - Finanzschulden (FS) - 13.183,38 Mill. EUR

Minderausgaben durch geringeren Erwerb von Bundestiteln aufgrund geringerer Notwendigkeit, am Sekundärmarkt tätig zu werden, als bei BVA-Erstellung angenommen.

- 7.869,96 Mill. EUR

Minderausgaben durch geringere Inanspruchnahme der Pauschalvorsorge für die Tilgung von Kreditoperationen. Aufgrund der Finanzmarktsituation zum Zeitpunkt der BVA-Erstellung wurde für eventuelle unvorhersehbare Marktsituationen im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt.

- 5.313,42 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

7/58019	Tilgung - Schulden Währungstauschverträge	+ 3.663,31 Mill. EUR
	<p>Die Wahl der Finanzierungsinstrumente ist zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich, weil der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Aus diesem Grund wird beim VA-Ansatz 7/58009 pauschal vorgesorgt und bei Realisierung auf die entsprechenden VA-Ansätze umgebucht. Dadurch ergaben sich Mehrausgaben durch diverse ATB-Finanzierungen aus dem Jahr 2009, welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden. Diesen Mehrausgaben stehen auch Mehreinnahmen beim VA-Ansatz 8/58019 gegenüber.</p>	+ 3.566,89 Mill. EUR
	<p>Mehrausgaben bei der Tilgung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen in fremder Währung infolge ungünstigerer Wechselkurse im Vergleich zum BVA.</p>	+ 107,61 Mill. EUR
	<p>Minderausgaben bei der Tilgung von Kreditoperationen mit Währungstauschverträgen in heimischer Währung durch die Nichtausnutzung einer vorzeitigen Kündigungsmöglichkeit durch den Investor. Diesen Minderausgaben stehen auch Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58019 gegenüber.</p>	- 11,19 Mill. EUR
1/581	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Zinsen	
1/58108	Verzinsung und Aufgeld - NETTO	- 760,55 Mill. EUR
	<p>Minderausgaben für Verzinsung und Aufgeld in heimischer Währung aufgrund des deutlich geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen geringeren Finanzierungsnotwendigkeit sowie des gesunkenen Zinsniveaus.</p>	- 788,08 Mill. EUR
	<p>Mehrausgaben für Verzinsung und Aufgeld in fremder Währung durch Schuldaufnahmen nach BVA-Erstellung mit Zinsenverpflichtung im Jahr 2010.</p>	+ 27,53 Mill. EUR
1/582	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Aufwand	
1/58208	Sonstiger Aufwand - NETTO	- 1.464,92 Mill. EUR
	<p>Minderausgaben für den sonstigen Aufwand in heimischer Währung, weil sich aufgrund des deutlich geringeren Budgetdefizits zwangsläufig eine geringere Finanzierungsnotwendigkeit ergab. Weiters führten höhere Emissionsagien bei der Aufstockung von Bundesanleihen, bedingt durch das gesunkene Zinsniveau, zu Mehreinnahmen im Vergleich zum BVA.</p>	- 1.465,21 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

7/585	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Kapital	
7/58509	Tilgung, Erlöse - Forderungen	- 39.699,69 Mill. EUR
	Bei diesem VA-Ansatz kam es zu Minderausgaben für Tilgungen von kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer bzw. fremder Währung und den damit verbundenen Devisentermingeschäften, weil aufgrund der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde. Diesen Minderausgaben stehen auch Mindereinnahmen beim VA-Ansatz 8/58509 gegenüber.	
	Minderausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften in heimischer Währung.	- 13.614,33 Mill. EUR
	Minderausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen in fremder Währung.	- 13.322,95 Mill. EUR
	Minderausgaben für die Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer Währung.	- 12.762,41 Mill. EUR
1/586	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Zinsen	
1/58608	Verzinsung und Aufgeld - NETTO	- 92,00 Mill. EUR
	Aufgrund der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung wurde für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt. Minderausgaben für Verzinsung und Aufgeld in heimischer Währung (96,50 Mill. EUR) stehen Mehrausgaben in fremder Währung (4,50 Mill. EUR) gegenüber.	
		- 92,00 Mill. EUR
1/587	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Aufwand	
1/58708	Sonstiger Aufwand - NETTO	- 19,99 Mill. EUR
	Minderausgaben aufgrund geringerer Provisionen und Entgelte bei kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer Währung infolge geringerer Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen. Aufgrund der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung wurde für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt.	
		- 19,99 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

8/58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	
8/580	Finanzierungen, Währungstauschverträge (WTV) - Kapital	
8/58009	Erlöse, Entnahme von Wertpapieren - Finanzschulden (FS)	+ 15.741,90 Mill. EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung bzw. Aufnahme von Kreditoperationen in heimischer Währung, weil die Wahl der Finanzierungsinstrumente zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich ist und der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Aus diesem Grund wird beim VA-Ansatz 8/58089 pauschal für sämtliche Kreditoperationen vorgesorgt und bei Realisierung auf den VA-Ansatz 8/58009 umgebucht.	+ 23.046,92 Mill. EUR
	Mehreinnahmen infolge der Begebung bzw. Aufnahme von Kreditoperationen in fremder Währung, weil die Wahl der Finanzierungsinstrumente zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich ist und der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Aus diesem Grund wird beim VA-Ansatz 8/58089 pauschal für sämtliche Kreditoperationen vorgesorgt und bei Realisierung auf den VA-Ansatz 8/58009 umgebucht.	+ 2.231,44 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei der Entnahme von Wertpapieren infolge geringeren Verkaufs von im Bundesbesitz befindlichen Wertpapieren aufgrund geringerer Notwendigkeit, am Sekundärmarkt tätig zu werden, als bei BVA-Erstellung angenommen.	- 9.536,45 Mill. EUR
8/58019	Begleichung - Forderungen Währungstauschverträge	+ 3.651,37 Mill. EUR
	Die Wahl der Finanzierungsinstrumente ist zum Zeitpunkt der Erstellung des BVA noch nicht möglich, weil der Geld- und Kapitalmarkt keine exakte Aufteilung künftiger Finanzierungsinstrumente im Voraus zulässt. Dadurch ergaben sich Mehreinnahmen durch diverse ATB-Finanzierungen aus dem Jahr 2009, welche mittels Währungstauschvertrag in eine schlussendliche Eurofinanzierung gedreht wurden. Diesen Mehreinnahmen stehen auch Mehrausgaben beim VA-Ansatz 7/58019 gegenüber.	+ 3.563,57 Mill. EUR
	Weiters Mehreinnahmen bei der Begleichung der Forderungen in fremder Währung infolge günstigerer Wechselkurse als bei BVA-Erstellung angenommen.	+ 98,45 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei der Begleichung der Forderungen in fremder Währung durch die Nichtausnutzung einer vorzeitigen Kündigungsmöglichkeit durch den Investor.	- 10,66 Mill. EUR

Erläuterungen zu den VA-Abweichungen

8/58089	Schuldaufnahmen gemäß Art. II BFG	- 34.236,23 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei der Pauschalvorsorge für Schuldaufnahmen aufgrund des deutlich geringeren Budgetdefizits und der damit verbundenen Finanzierungsnotwendigkeit sowie der Verrechnung der für die Pauschalvorsorge veranschlagten Beträge beim sachlich in Betracht kommenden VA-Ansatz 8/58009.	- 34.236,23 Mill. EUR
8/585	Kurzfristige Verpflichtungen, Währungstauschverträge-Kapital	
8/58509	Erlöse, Begleichung - Forderungen	- 39.699,64 Mill. EUR
	Bei diesem VA-Ansatz kam es zu Mindereinnahmen infolge geringerer kurzfristiger Mittelaufnahmen in heimischer bzw. fremder Währung und den damit verbundenen Devisentermingeschäften, weil aufgrund der Finanzmarktsituation bei der BVA-Erstellung für eventuelle Engpässe am Geldmarkt im Umfeld der Finanzkrise vorgesorgt wurde.	
	Mindereinnahmen bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen in fremder Währung.	- 13.614,33 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen mit Währungstauschverträgen bzw. der Begleichung der Forderungen bei der Tilgung von kurzfristigen Verpflichtungen mit Devisentermingeschäften.	- 13.322,90 Mill. EUR
	Mindereinnahmen bei der Aufnahme von kurzfristigen Verpflichtungen in heimischer Währung.	- 12.762,41 Mill. EUR

4. JAHRESBESTANDSRECHNUNG

Die Jahresbestandsrechnung 2010 (JBR 2010) wurde nach den Vorschriften des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) erstellt. Sie weist das Vermögen und die Schulden des Bundes zum 31. Dezember 2010 aus. Zugrunde gelegt ist die Gliederung gemäß § 21 und Anlage 1 RLV.

Die JBR des Bundes ist ähnlich gegliedert wie eine Unternehmensbilanz gemäß § 198 UGB. Bei den Aktiva werden das Anlagevermögen (I.), das Umlaufvermögen (II.) und die aktive Rechnungsabgrenzung (III.) ausgewiesen. Bei den Passiva werden die Rücklagen (I.), die Wertberichtigungen (II.), die Schulden (III.), die Rückstellungen (IV.) und die passive Rechnungsabgrenzung (V.) nachgewiesen.

Die Gesamtübersicht über das Vermögen des Bundes zum 31. Dezember 2010 gegliedert nach Vermögensarten ist in der Tabelle B.2.1 im Band 2 dargestellt. Die Tabellen B.2.3.1 und B.2.3.2 im Band 2 geben eine Übersicht über das unbewegliche (einschließlich des in Bau befindlichen) Anlagevermögen sowie über die Beteiligungen des Bundes.

Das Eigenkapital ist grundsätzlich bei den Passiva auszuweisen. Da es buchmäßig negativ ist, wird es als Kapitalausgleich (IV.) bei den Aktiva dargestellt.

4.1 Aktiva

Die Organe der Haushaltsführung erstellen den Vermögensnachweis aufgrund der in den Verrechnungsaufschreibungen zum Abschlussstichtag 31. Dezember 2010 erfassten Vermögensgegenstände.

Die Vermögensgegenstände werden getrennt in Anlage- und Umlaufvermögen dargestellt. Unter das Anlagevermögen fallen jene Gegenstände, die bestimmt sind, dauernd der Verwaltungstätigkeit zu dienen. Das Umlaufvermögen stellt die Vermögenswerte dar, die zum Verbrauch oder zur Veräußerung bestimmt sind. Die Unterscheidung von Umlauf- und Anlagevermögen erlangt Bedeutung vor allem im Hinblick auf die Bewertung und die Abschreibung nach den bundeseinheitlichen Richtlinien des BMF.

Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die einer Wertminderung durch Alter und Abnutzung unterliegen, werden je zur Hälfte ihres Anschaffungs- oder Herstellungswertes im Jahr des Zugangs und im Jahr ihres Ausscheidens abgeschrieben. Grundstücke werden generell nicht abgeschrieben, außer im Falle einer Wertminderung durch Abbau. Geringwertige Wirt-

TZ 4

schaftsgüter oder Wirtschaftsgüter, die infolge ihrer künstlerischen oder wissenschaftlichen Bedeutung nur schwer zu bewerten sind, wurden auf Grund einer Ausnahmebestimmung im BHG von der Bewertung ausgenommen.

Die Entwicklung der Aktiva während der letzten fünf Jahre ist in der folgenden Tabelle zusammengefasst:

Tabelle 61: Aktiva des Bundes

Bezeichnung		2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010
		in Mill. EUR					in %
I.	Anlagevermögen	19.309,46	19.812,92	20.595,12	26.497,44	26.748,32	0,9
II.	Umlaufvermögen	53.477,69	52.336,50	64.254,19	53.864,62	49.941,50	- 7,3
III.	Aktive Rechnungsabgrenzung	1.316,69	1.184,51	2.732,01	2.097,87	1.869,79	- 10,9
		74.103,85	73.333,94	87.581,32	82.459,93	78.559,62	- 4,7
IV.	Kapitalausgleich	116.893,42	117.998,57	121.234,64	125.988,49	132.237,07	5,0
	Summe Aktiva	190.997,26	191.332,51	208.815,96	208.448,42	210.796,64	1,1

Im Jahr 2010 erhöhte sich die Summe der Aktiva im Vergleich zu 2009 um 2,348 Mrd. EUR (+1,1 %).

I. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen betrug 26,748 Mrd. EUR (2009: 26,497 Mrd. EUR) und stieg gegenüber dem Vorjahr um 250,88 Mill. EUR (+ 0,9 %).



BRA 2010

Jahresbestandsrechnung

Tabelle 62: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Anlagevermögen des Bundes

Buchwertentwicklung	31.12.2009	31.12.2010	Zusammen- setzung des Anlagevermögens	Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR			in %	
I. Anlagevermögen	26.497,44	26.748,32	100,0	250,88	0,9
Unbewegliche Anlagen	11.280,30	11.778,26	44,0	497,95	4,4
Bewegliche Anlagen	1.233,37	1.246,69	4,7	13,32	1,1
In Bau befindliche Anlagen	375,78	400,34	1,5	24,56	6,5
Vorräte des Anlagevermögens	26,82	24,52	0,1	- 2,29	- 8,6
Immaterielle Anlagen	19,60	19,86	0,1	0,26	1,3
Finanzanlagen	13.341,70	13.278,59	49,6	- 63,11	- 0,5
Anzahlungen für Anlagen	219,87	0,06	0,0	- 219,81	- 100,0

Das Anlagevermögen bestand zu 49,6 % aus Finanzanlagen und zu 44,0 % aus unbeweglichen Anlagen. Die meisten Zuwächse gab es bei den Positionen „Unbewegliche Anlagen“ und „In Bau befindliche Anlagen“.

Unbewegliche Anlagen

Tabelle 63: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Unbewegliche Anlagen

Buchwertentwicklung	31.12.2009	Zu- /Abgang	31.12.2010	Anteil
	in Mill. EUR			in %
Unbewegliche Anlagen	11.280,30	+ 497,95	11.778,26	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
1. Unbebaute Grundstücke	3.534,34	+ 16,28	3.550,62	30,1
2. Bebaute Grundstücke	225,90	+ 0,44	226,33	1,9
3. Grundstückseinrichtungen	5.992,39	+ 468,87	6.461,26	54,9
4. Gebäude	1.410,00	+ 17,65	1.427,65	12,1
5. Sonderanlagen	117,68	- 5,28	112,40	1,0

Die unbeweglichen Anlagen bestanden zu 54,9 % aus Grundstückseinrichtungen, zu 30,1 % aus unbebauten Grundstücken und zu 12,1 % aus Gebäuden. Der Rest setzte sich aus bebauten Grundstücken und Sonderanlagen zusammen.

TZ 4

Der Großteil der unbebauten Grundstücke wurde forstwirtschaftlich genutzt und von den Bundesforsten verwaltet (UG 42: 3,387 Mrd. EUR).

Die Grundstückseinrichtungen beinhalteten Straßenbauten, zu denen u.a. Autobahnen, Schnellstraßen und Bundesstraßen zählen (UG 41: 6,420 Mrd. EUR).

Gebäude fanden sich vorwiegend beim Heeresbau- und Vermessungsamt (UG 14: 633,84 Mill. EUR), wobei es sich größtenteils um Kasernen handelte, sowie bei der Burghauptmannschaft (UG 40: 591,90 Mill. EUR), wo Kulturinstitute beinhaltet waren.

Bewegliche Anlagen

Tabelle 64: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Bewegliche Anlagen

Buchwertentwicklung	31.12.2009	Zu- /Abgang	31.12.2010	Anteil
	in Mill. EUR			in %
Bewegliche Anlagen	1.233,37	+ 13,32	1.246,69	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
6. Maschinen und maschinelle Anlagen	283,26	- 5,74	277,52	22,3
7. Werkzeuge und sonstige Erzeugungshilfsmittel	35,82	+ 1,80	37,63	3,0
8. Fahrzeuge und sonstige Beförderungsmittel	155,84	- 4,57	151,27	12,1
9. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	758,45	+ 21,82	780,27	62,6

Die beweglichen Anlagen bestanden zu 62,6 % aus Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung, zu 22,3 % aus Maschinen und maschinellen Anlagen und zu 12,1 % aus Fahrzeugen und sonstigen Beförderungsmitteln. Der Rest (3,0 %) waren Werkzeuge und sonstige Erzeugungshilfsmittel.

Maschinen und maschinelle Anlagen waren vorwiegend im Schulbereich (UG 30: 162,09 Mill. EUR) zu finden.

Der Großteil der Fahrzeuge (Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge) war im BMI angesiedelt (UG 11: 101,10 Mill. EUR).

Die größten Anteile an Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung hatten der Schulbereich (UG 30: 267,20 Mill. EUR) und das BMI (UG 11: 252,61 Mill. EUR).

Jahresbestandsrechnung

In Bau befindliche Anlagen

Tabelle 65: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung In Bau befindlicher Anlagen

Buchwertentwicklung	31.12.2009	Zu- /Abgang	31.12.2010	Anteil
	in Mill. EUR			in %
In Bau befindliche Anlagen	375,78	+ 24,56	400,34	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
10. In Bau befindliche unbewegliche Anlagen	375,78	+ 24,56	400,34	100,0
11. In Bau befindliche bewegliche Anlagen	0,00	+ 0,00	0,00	0,0

Unter den in Bau befindliche Anlagen wurden ausschließlich in Bau befindliche unbewegliche Anlagen erfasst. Diese beinhalteten hauptsächlich Gebäude des Heeres- Bau- und Vermessungsamts (HBVA) (UG 14: 158,97 Mill. EUR), Gebäude des BMeiA (UG 12: 105,05 Mill. EUR), der Burghauptmannschaft (UG 40: 74,19 Mill. EUR) sowie der Bundesgesetzgebung (UG 02: 22,32 Mill. EUR).

Vorräte des Anlagevermögens

Tabelle 66: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Vorräte des Anlagevermögens

Buchwertentwicklung	31.12.2009	Zu- /Abgang	31.12.2010	Anteil
	in Mill. EUR			in %
Vorräte des Anlagevermögens	26,82	- 2,29	24,52	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
12. Teile für Anlagen	9,26	- 0,29	8,96	36,6
13. Geringwertige Gebrauchsgüter	17,56	- 2,00	15,56	63,4

Die Vorräte des Anlagevermögens bestanden zu 63,4 % aus geringwertigen Gebrauchsgütern und zu 36,6 % aus nicht näher spezifizierten Teilen für Anlagen.

Den größten Anteil an geringwertigen Gebrauchsgütern hatten die Justizanstalten (UG 13: 11,74 Mill. EUR).

TZ 4

Immaterielle Anlagen

Tabelle 67: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Immaterielle Anlagen

Buchwertentwicklung	31.12.2009	Zu- /Abgang	31.12.2010	Anteil
	in Mill. EUR			in %
Immaterielle Anlagen	19,60	+ 0,26	19,86	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
14. Aktivierungsfähige Rechte	19,60	+ 0,26	19,86	100,0

Unter den immateriellen Anlagen wurden ausschließlich aktivierungsfähige Rechte erfasst. Der größte Anteil lag in UG 30 Unterricht (11,84 Mill. EUR), gefolgt von UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (5,33 Mill. EUR).

Finanzanlagen

Tabelle 68: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Finanzanlagen

Buchwertentwicklung	31.12.2009	Zu- /Abgang	31.12.2010	Anteil
	in Mill. EUR			in %
Finanzanlagen	13.341,70	- 63,11	13.278,59	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
15. Beteiligungen	7.917,70	- 513,11	7.404,59	55,8
16. Andere Wertpapiere des Anlagevermögens	5.424,00	+ 450,00	5.874,00	44,2

Die Finanzanlagen bestanden zu 55,8 % aus Beteiligungen und zu 44,2 % aus Partizipationskapital, das unter den Wertpapieren des Anlagevermögens ausgewiesen ist.

Zu rund drei Viertel handelte es sich um Beteiligungen an internationalen Entwicklungsorganisationen und -fonds und zu rund einem Viertel um Beteiligungen an inländischen Unternehmungen (UG 45: 4,339 Mrd. EUR). Weitere Beteiligungen bestanden im Bereich der Infrastruktur (UG 41: 2,376 Mrd. EUR), wobei der Hauptanteil bei der Österreichische Bundesbahnen-Holding AG lag (1,900 Mrd. EUR).

Details zu den Beteiligungen finden sich in der Tabelle B.2.3.2 im Band 2.

Jahresbestandsrechnung

Unter Wertpapiere des Anlagevermögens wurde das Partizipationskapital an Finanzunternehmungen verrechnet, das von der FIMBAG-Finanzmarktbe-
teiligung Aktiengesellschaft des Bundes treuhändisch verwaltet wurde (UG
46: 5,874 Mrd. EUR).

Das Partizipationskapital setzte sich zusammen:

- Raiffeisenbank International AG 1,750 Mrd. EUR
- HYPO Alpe-Adria-Bank International AG 1,350 Mrd. EUR
- ERSTE Group Bank AG 1,224 Mrd. EUR
- Österreichische Volksbanken AG 1,000 Mrd. EUR
- BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österrei-
chische Postsparkasse AG 550,00 Mill. EUR

Im Jahre 2011 führte eine Kapitalherabsetzung bei der Hypo Alpe-Adria Bank-International AG zur Abdeckung des im Jahresabschluss 2010 aus-
gewiesenen Bilanzverlustes zu einer Abschreibung des Partizipationska-
pitals in der Höhe von 771,23 Mill. EUR. Der Bundesanteil war davon mit
624,89 Mill. EUR betroffen. Darüber hinaus wurde in einer außerordent-
lichen Hauptversammlung im Juni 2011 die Umwandlung des im Juni 2010
gezeichneten Partizipationskapitals in Grundkapital beschlossen.

Anzahlung für Anlagen

Tabelle 69: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Anzahlungen für Anlagen

Buchwertentwicklung	31.12.2009	Zu- /Abgang	31.12.2010	Anteil
	in Mill. EUR			in %
Anzahlungen für Anlagen	219,87	- 219,81	0,06	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
17. Anzahlungen für Anlagen	219,87	- 219,81	0,06	100,0

Die Abgänge betrafen die Abrechnung der Anzahlung für die Beteiligung
an der Kommunalkredit Austria AG.

TZ 4

II. Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen betrug 49,941 Mrd. EUR (Stand 2009: 53,865 Mrd. EUR) und reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 3,923 Mrd. EUR (- 7,2 %).

Tabelle 70: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Umlaufvermögen

Buchwertentwicklung	31.12.2009	31.12.2010	Zusammen- setzung des Umlaufvermögens	Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR			in %	in Mill. EUR
II. Umlaufvermögen	53.864,62	49.941,50	100,0%	- 3.923,44	- 7,3
Vorräte des Umlaufvermögens	22,78	20,44	0,0%	- 2,33	- 10,2
Flüssige Mittel	7.732,41	5.759,97	11,5%	- 1.972,44	- 25,5
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,75	0,00	0,0%	- 0,75	- 100,0
Forderungen	40.254,50	38.399,73	78,9%	- 1.854,1077	- 2,1
Haushaltsrücklagen	5.854,18	4.761,36	9,5%	- 1.092,82	- 18,7

Das Umlaufvermögen bestand zu 78,9 % aus Forderungen, zu 11,5 % aus flüssigen Mitteln und zu 9,5 % aus Haushaltsrücklagen. Die Vorräte und Wertpapiere des Umlaufvermögens hatten jeweils einen Anteil von deutlich unter einem Prozent. Bei allen Vermögensgruppen waren Abgänge zu verzeichnen. Die größten ergaben sich bei den flüssigen Mitteln (- 1,972 Mrd. EUR) und bei den Haushaltsrücklagen (- 1,093 Mrd. EUR).

Vorräte des Umlaufvermögens

Tabelle 71: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Vorräte des Umlaufvermögens

Buchwertentwicklung	31.12.2009	Zu- /Abgang	31.12.2010	Anteil
	in Mill. EUR			in %
Vorräte des Umlaufvermögens	22,78	- 2,33	20,44	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
1. Werkstoffe, Handelswaren und Verbrauchsgüter	19,00	- 3,17	15,83	77,4
2. Altmaterial	0,11	- 0,01	0,11	0,5
3. Erzeugnisse	3,66	+ 0,85	4,51	22,1

Jahresbestandsrechnung

Die Vorräte des Umlaufvermögens bestanden zu 77,4 % aus Werkstoffe, Handelswaren und Verbrauchsgüter. Diese Position beinhaltet Betriebsstoffe und sonstige Verbrauchsgüter sowie Lebens- und Futtermittel, die vorwiegend in den Justizanstalten (UG 13: 6, 21 Mill. EUR) sowie im Schulbereich (UG 30: 5,48 Mill. EUR) benötigt wurden.

Die restlichen 22,6 % entfielen auf Altmaterial und nicht näher spezifizierte Erzeugnisse.

Flüssige Mittel

Tabelle 72: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Flüssige Mittel

Buchwertentwicklung	31.12.2009	Zu- /Abgang	31.12.2010	Anteil
	in Mill. EUR			in %
Flüssige Mittel	7.732,41	- 1.972,44	5.759,97	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
4. Bargeld und Wertzeichen	8,94	- 0,50	8,44	0,1
5. Guthaben bei der ÖPSK (BAWAG PSK)	58,12	+ 43,59	101,71	1,8
6. Guthaben bei der OeNB	0,00	+ 0,00	0,00	0,0
7. Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen u. Kassenverwaltung des Bundes	7.557,09	- 1.856,99	5.700,10	99,0
8. Zuzüglich oder abzüglich Schwebende Geldgebarungen	108,24	- 158,58	- 50,34	- 0,9
9. Schecks	0,02	+ 0,03	0,05	0,0

Die flüssigen Mittel bestanden zu 99,0 % aus Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen und Kassenverwaltung des Bundes. Der Rest setzte sich aus Bargeld und Wertzeichen, aus Guthaben bei der ÖPSK (nunmehr BAWAG P.S.K.), schwebender Geldgebarung sowie aus Schecks zusammen.

Den Großteil der Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen und Kassenverwaltung des Bundes betrafen kurz- und langfristige Veranlagungen (UG 51: 5,016 Mrd. EUR).

TZ 4

Rund 62 % dieser Veranlagungen mit Stichtag 31.12.2010 waren täglich fällig und die restlichen 38 % halten eine Laufzeit von maximal einen Monat. Die veranlagten Kassenmittel des Bundes per 31.12.2010 hatten folgende geographische Verteilung:

- Österreich: 83 %
- Deutschland: 17 %

Die branchenmäßige Aufteilung stellte sich wie folgt dar.

- Einheiten Sektor Staat-Bund: 0,4 %
- Einheiten Sektor Staat-Länder: 48,2 %
- Einheiten Sektor Staat-Sozialversicherung: 37,9 %
- Banken: 12,5 %
- Sonstiges: 1 %

Die Entwicklung bei der Schwebenden Geldgebarung ist in Ein- und Auszahlungen auf Bankkonten begründet, die im Jahr 2010 beauftragt wurden (UG 15 - Bundespensionsamt). Die Verbuchung am Bankkonto wurde erst im Jahr 2011 durchgeführt. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ist daher nur bedingt aussagekräftig.

Wertpapiere des Umlaufvermögens

Tabelle 73: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Wertpapiere des Umlaufvermögens

Buchwertentwicklung	31.12.2009	Zu- /Abgang	31.12.2010	Anteil
	in Mill. EUR			in %
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,75	- 0,75	0,00	0,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
10. Wertpapiere und Gesellschaftsanteile des Umlaufvermögens	0,75	- 0,75	0,00	0,0

Wertpapiere des Umlaufvermögens waren zum 31. Dezember 2010 nicht vorhanden.

Forderungen

Tabelle 74: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Forderungen

Buchwertentwicklung	31.12.2009	Zu- /Abgang	31.12.2010	Anteil
	in Mill. EUR			in %
Forderungen	40.254,50	- 1.854,77	39.399,73	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
11. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	172,29	+ 608,29	780,58	2,0
12. Forderungen aus Darlehen	240,79	+ 601,74	842,53	2,1
13. Forderungen aus der Inanspruchnahme von Haftungen	851,20	+ 3,40	854,59	2,2
14. Forderungen aus voranschlagswirksamen Vorschüssen	917,17	+ 43,92	961,10	2,4
15. Forderungen aus voranschlagsunwirksamen Vorschüssen	915,61	+ 30,10	945,71	2,4
16. Ersatzforderungen	0,00	+ 0,00	0,00	0,0
17. Forderungen aus gegebenen Anzahlungen	197,82	- 31,40	166,42	0,4
18. Forderungen aus Währungstauschverträgen	17.232,60	- 3.458,63	13.773,97	35,0
19. Forderungen an Rechtsträger	0,00	+ 0,00	0,00	0,0
20. Sonstige Forderungen	19.727,03	+ 1.347,80	21.074,83	53,5

Die Forderungen bestanden zu 53,5 % aus sonstigen Forderungen und zu 35,0 % aus Forderungen aus Währungstauschverträgen.

Die sonstigen Forderungen betrafen insbesondere Abgabenforderungen (UG 16: 6,453 Mrd. EUR), Forderungen an den Reservefonds, FLAF (UG 25: 3,696 Mrd. EUR) und Forderungen aus dem Eigenbesitz des Bundes (UG 58: 9,972 Mrd. EUR).

Die Abgänge bei den Forderungen aus Währungstauschverträgen entstanden vorwiegend durch die Tilgung von Währungstauschverträgen.

Die im BVA in der Anlage I zum BFG 2010 auf Grund von § 16 Abs. 6 BHG in der UG 58 netto dargestellten Finanzierungen und Währungstauschverträge werden in der JBR weiterhin brutto ausgewiesen.

Die Details zu den Finanzierungen und Währungstauschverträgen (UG 58) sind in der TZ 6 sowie in der Tabelle C.2.3 im Band 2 brutto ausgewiesen.

TZ 4

Haushaltsrücklagen

Tabelle 75: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Haushaltsrücklagen

Buchwertentwicklung	31.12.2009	Zu-/Abgang	31.12.2010	Anteil
	in Mill. EUR			in %
Haushaltsrücklagen	5.854,18	- 1.092,82	4.761,36	100,0
Zusammensetzung (Bezeichnung lt. JBR):				
21. Haushaltsrücklagen	5.854,18	- 1.092,82	4.761,36	100,0

Die Haushaltsrücklagen bestanden zu 38,7 % aus der Ausgleichsrücklage (1,843 Mrd. EUR), zu 35,8 % aus besonderen Rücklagen (1,706 Mrd. EUR) und zu 17,0 % aus Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen (808,81 Mill. EUR). Der Rest setzte sich aus Rücklagen für besondere Aufwendungen und allgemeinen Rücklagen zusammen.

Unter den Haushaltsrücklagen wurden die Rücklagen zusammengefasst, die nach dem alten Rücklagensystem gebildet wurden. Sie werden in selber Höhe auch bei den Passiva ausgewiesen.

Ab 2009 wurden neu zugeführte Rücklagen wegen der geänderten Finanzierungsmodalitäten nicht mehr in der JBR ausgewiesen. Auf Grund der BHG-Novelle, BGBl. I Nr. 20/2008, wurden Rücklagen erst zum Zeitpunkt ihrer Inanspruchnahme finanziert.

Die in der JBR 2010 ausgewiesenen Rücklagen sind ausschließlich solche, die schon vor 2009 bestanden haben. Sie wurden im Unterschied zur jetzigen Rechtslage schon bei der Zuführung finanziert und scheinen daher auf beiden Seiten der JBR auf (vgl. die Positionen „21. Haushaltsrücklagen“ im Umlaufvermögen bei den Aktiva sowie „1. Haushaltsrücklagen“ in den Rücklagen bei den Passiva).

Die Details zu den Rücklagen finden sich in den Tabellen B.2.3.3.1 bis B.2.3.4.5 im Band 2.

Jahresbestandsrechnung

III. Aktive Rechnungsabgrenzung

In der Rechnungsabgrenzung sind bei den Aktiva Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die einen Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Als Beispiel lassen sich hier die Bezüge der öffentlich Bediensteten nennen, die aufgrund der zeitgerechten Erfüllung bereits vor Beginn des nächsten Finanzjahres, dem sie zuzurechnen sind, angewiesen werden müssen.

Tabelle 76: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Aktive Rechnungsabgrenzung

Buchwertentwicklung	31.12.2009	31.12.2010	Zusammen- setzung der aktiven Rechnungs- abgrenzung-	Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR		in %	in Mill. EUR	in %
III. Aktive Rechnungsabgrenzung	2.097,87	1.869,79	100,0	- 228,08	- 10,9
1. Geldwirksame Rechnungsabgrenzung	1.157,33	1.607,21	86,0	449,88	38,9
2. Geldunwirksame Rechnungsabgrenzung	940,54	262,58	14,0	- 677,95	- 72,1

Die aktive Rechnungsabgrenzung betrug 1,870 Mrd. EUR (Stand 2009: 2,098 Mrd. EUR) und ging damit gegenüber dem Vorjahr um 228,08 Mill. EUR zurück (- 10,9 %). Sie bestand zu 86,0 % aus geldwirksamen Rechnungsabgrenzungen auf Grund von Einzahlungen im Vorlaufzeitraum (+ 421,59 Mill. EUR). Zu 14,0 % bestand sie aus geldunwirksamen Rechnungsabgrenzungen auf Grund der Abgrenzung der Schulden infolge von Erlösen gemäß § 65a BHG, die im laufenden Jahr aufgenommen wurden, jedoch erst dem nächsten Jahr zugerechnet wurden.

Die Auszahlungen für das Folgejahr waren um 28,29 Mill. EUR höher als im Vorjahr; die Einzahlungen um 421,59 Mill. EUR. Somit erhöhte sich die geldwirksame aktive Rechnungsabgrenzung um 449,88 Mill. EUR.

Die Abgrenzung der Schulden gemäß § 65a BHG war um 677,61 Mill. EUR niedriger als im Vorjahr. Somit ging die geldunwirksame aktive Rechnungsabgrenzung um 677,95 Mill. EUR zurück.

TZ 4

IV. Kapitalausgleich

Der Kapitalausgleich zeigt die Entwicklung des Eigenkapitals. Die Darstellung in der Jahresbestandsrechnung des Bundes beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung des Vermögens und der Schulden des Bundes. Das Eigenkapital wird als Kapitalausgleich dargestellt und hat lediglich die Bedeutung einer rechnerischen Ausgleichsposition. Der Aussagewert ist daher entsprechend gering.

Tabelle 77: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Kapitalausgleich

Buchwertentwicklung	31.12.2009	31.12.2010	Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR		in Mill. EUR	in %
IV. Kapitalausgleich	125.988,49	132.237,07	6.248,58	5,0
1. Anfänglicher Kapitalausgleich	121.234,64	125.988,49		
2. Kapitalverminderung	0,00	0,00		
3. Kapitalerhöhung	- 254,70	- 791,03		
4. Rücklagenauflösung	0,00	0,00		
5. Vermögensabgang	5.008,56	7.039,61		

Das Eigenkapital des Bundes war buchmäßig negativ und wird als Kapitalausgleich bei den Aktiva dargestellt (Tabelle B.1, Band 2). Der Anfangsbestand des Jahres 2010 (anfänglicher Kapitalausgleich) in der Höhe von 125,988 Mrd. EUR entsprach dem schließlichen Kapitalausgleich des Jahres 2009. Die Kapitalerhöhung verminderte diesen um 791,03 Mill. EUR, der Vermögensabgang erhöhte diesen um 7,039 Mrd. EUR. Der schließliche Kapitalausgleich betrug 132,237 Mrd. EUR. Das negative Eigenkapital stieg gegenüber dem Vorjahr um 6,248 Mrd. EUR (+ 5,0 %).

Jahresbestandsrechnung

4.2 Passiva

Dem Schuldennachweis lagen alle Zahlungsverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in der Bestandsverrechnung der anordnenden Organe gemäß § 80 BHG zum Abschlussstichtag 31. Dezember 2010 enthalten waren.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Passiva von 2006 bis 2010:

Tabelle 78: Passiva des Bundes

Bezeichnung		2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010
		in Mill. EUR					in %
I.	Rücklagen	3.710,09	4.704,76	11.483,04	5.854,18	4.761,36	-18,7
II.	Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	-
III.	Schulden	185.165,49	184.898,92	194.101,92	200.362,88	204.670,04	2,1
IV.	Rückstellungen	-	-	-	-	-	-
V.	Passive Rechnungs- abgrenzung	2.121,68	1.728,82	3.231,00	2.231,36	1.365,29	-38,8
Summe Passiva		190.997,26	191.332,51	208.815,96	208.448,42	210.796,69	1,1

Im Jahr 2010 hatte sich die Summe der Passiva erhöht. Sie nahm im Vergleich zu 2009 um 2,348 Mrd. EUR (+ 1,1 %) zu.

I. Rücklagen

Tabelle 79: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Rücklagen

Buchwertentwicklung		31.12.2009	31.12.2010	Zusammen- setzung der Rücklagen	Veränderung 2009/2010	
		in Mill. EUR			in %	in Mill. EUR
I. Rücklagen		5.854,18	4.761,36	100,0	- 1.092,82	- 18,7
1.	Haushaltsrücklagen	5.854,18	4.761,36	100,0	- 1.092,82	- 18,7
2.	Sonstige Rücklagen	0,00	0,00	0,0	0,00	k.A.

Der Stand der Rücklagen betrug 4,761 Mrd. EUR (2009: 5,854 Mrd. EUR). Die Rücklagen gingen gegenüber dem Vorjahr um 1,092 Mrd. EUR (- 18,7 %) zurück (TZ 3.6).

TZ 4

In den Tabellen B.2.3.3.1 bis B.2.3.4.5 im Band 2 sind die verschiedenen Rücklagenarten dargestellt.

III. Schulden

Tabelle 80: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Schulden

Buchwertentwicklung	31.12.2009	31.12.2010	Zusammen- setzung der Schulden	Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR			in %	in Mill. EUR
III. Schulden	200.362,88	204.670,04	100,0	4.307,15	2,1
1. Schulden aus Lieferungen und Leistungen	89,28	113,20	0,1	23,92	26,8
2. Schulden aus voranschlags- unwirksamen Erlägen	1.662,77	1.992,42	1,0	329,65	19,8
3. Ersatzschulden	0,00	0,00	0,0	0,00	k.A.
4. Schulden aus empfangenen Anzahlungen	0,00	0,00	0,0	0,00	k.A.
5. nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen	18.845,72	14.585,25	7,1	- 4.260,47	- 22,6
6. Sonstige Schulden	3.300,79	2.047,65	1,0	- 1.253,14	- 38,0
7. Finanzschulden	176.464,33	185.931,52	90,8	9.467,19	5,4

Der Schuldenstand des Bundes betrug 204,670 Mrd. EUR (2009: 200,363 Mrd. EUR). Die Schulden stiegen gegenüber dem Vorjahr um 4,307 Mrd. EUR (+ 2,1 %).

Abgänge bei Schulden aus Währungstauschverträgen ergaben sich durch Tilgungen von Währungstauschverträgen und von Devisentermingeschäften in UG 58 (- 4,260 Mrd. EUR). Weiters verringerten sich die sonstigen Schulden gegenüber internationalen Finanzinstituten (UG 45: - 1,702 Mrd. EUR).

Die Schulden werden ausführlich in TZ 6 dargestellt, die Tabelle B.2.2 im Band 2 gibt eine Gesamtübersicht über die Schulden des Bundes zum 31. Dezember 2010 gegliedert nach Schuldarten.

V. Passive Rechnungsabgrenzung

Bei den Passiva sind in der Rechnungsabgrenzung Ausgaben nach dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie einen Aufwand für eine bestimmte Zeit vor diesem Tag darstellen. Als Beispiel lassen sich hier Zahlungen nennen, die gemäß § 52 Abs. 2 BHG bis 20. Jänner des folgenden Finanzjahres noch zu Lasten des abgelaufenen Finanzjahres geleistet wurden.

Tabelle 81: Buchwertentwicklung und Zusammensetzung Passive Rechnungsabgrenzung

Buchwertentwicklung	31.12.2009	31.12.2010	Zusammensetzung der passiven Rechnungsabgrenzung	Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR			in %	in Mill. EUR
V. Passive Rechnungsabgrenzung	2.231,36	1.365,29	100,0	- 866,07	- 38,8
1. Geldwirksame Rechnungsabgrenzung	2.230,74	1.365,17	100,0	- 865,58	- 38,8
2. Geldunwirksame Rechnungsabgrenzung	0,62	0,12	0,0	- 0,50	- 9,9

Die passive Rechnungsabgrenzung beträgt 1,365 Mrd. EUR (2009: 2,231 Mrd. EUR) und ging damit gegenüber dem Vorjahr um 866,07 Mill. EUR zurück (- 38,8 %). Sie bestand zu fast 100,0 % aus geldwirksamen Rechnungsabgrenzungen aufgrund geringerer Zahlungen im Vorlaufzeitraum (UG 41: - 349,96 Mill. EUR und UG 11: - 15,76 Mill. EUR), Korrektur der Einzahlungen betreffend Finanzschulden bei gleichzeitiger höherer Verrechnung von Zinsen (UG 58: - 348,95 Mill. EUR) sowie Abschlussbuchungen der BRZ GmbH (UG 20: - 152,12 Mill. EUR).

4.3 Betriebsähnliche Einrichtungen

Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig

Der Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig ist eine betriebsähnliche Einrichtung, für die gemäß §§ 21 Abs. 2 und 22 Abs. 2 RLV eine Bilanz sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung getrennt von der Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes aufzustellen sind (TZ 1.1). Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind in der Tabelle B.5.1 im Band 2 dargestellt.

4.4 Erläuterungen der Veränderungen des Vermögens und der Schulden in der Jahresbestandsrechnung

Nachstehend werden die bei den einzelnen Bilanzpositionen der Jahresbestandsrechnung 2010 (siehe Band 2, Tabelle B.1) gegenüber dem Jahre 2009 eingetretenen Veränderungen von über 5 Mill. EUR betragsmäßig angegeben und die wesentlichen Ursachen der Veränderungen aufgezeigt. Im Hinblick auf die Haushaltsrechtsreform 2013 wurde die bisherige bereichsweise⁷⁴ Darstellung durch die Beschreibung der Veränderungen der einzelnen Untergliederungen (UG) zum Vorjahr ersetzt. Begründungen sind dann erforderlich, wenn die Abweichung der Bilanzposition in einer UG 5 Mill. EUR überschreitet. Diese Begründungen werden von den einzelnen Ressorts erstellt und dem RH übermittelt, der sie auf ihre Vollständigkeit und Plausibilität überprüft. Im Einzelnen sind die betragsmäßigen Veränderungen (mit Ausnahme des Kapitalausgleichs) im Band 2, Tabellen B.2.1 (Aktiva) und B.2.2 (Passiva), nach Bilanzpositionen und tiefer gegliedert enthalten.

⁷⁴Im Unterschied zur Voranschlagsvergleichsrechnung auf Untergliederungs-Ebene, erfolgte die Jahresbestands- und Jahreserfolgsrechnung bis zum Jahr 2009 auf Bereichs-Ebene, wo mehrere Budget-Untergliederungen in einem Bereich zusammengefasst wurden (z.B. umfasste der Bereich BMF die Untergliederungen 15, 16, 23, 44, 45, 46, 51 und 58). Diese Darstellungsform wird nicht mehr angewendet.

AKTIVA

I. ANLAGEVERMÖGEN

Unbewegliche Anlagen

1. Unbebaute Grundstücke + 16,28 Mill. EUR

Erhöhungen in UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (+ 16,17 Mill. EUR) waren auf die Aufnahme eines Grundstücks in die Liegenschaftsbestandsrechnung der ÖBF AG zurückzuführen.

3. Grundstückseinrichtungen + 468,87 Mill. EUR

Erhöhungen in UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (+ 468,82 Mill. EUR) betreffend Bauliche Anlagen fertig gestellter Bundesstraßen – ASFINAG resultierten aus einer vom BMVIT mit dem RH veranlassten Bestandserfassung (+ 888,45 Mill. EUR) abzüglich einer sofortigen 50%igen Abschreibung im Rahmen des Mängelbehebungsverfahrens sowie aus Grundstücksankäufen für Infrastruktur- und Straßenausbaumaßnahmen durch die ASFINAG (+ 24,60 Mill. EUR).

4. Gebäude + 17,65 Mill. EUR

Erhöhungen in UG 40 Wirtschaft (+ 13,05 Mill. EUR) betrafen Generalsanierungsmaßnahmen (Neue Burg, Völkerkundemuseum).

5. Sonderanlagen – 5,28 Mill. EUR

Verminderungen in UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (– 8,00 Mill. EUR) resultierten aus dem Wertverlust infolge des Abbaus von 39 Ökopunktstationen.

Bewegliche Anlagen

6. Maschinen und maschinelle Anlagen – 5,74 Mill. EUR

Verminderungen ergaben sich in diversen Untergliederungen, waren jedoch nicht zu erläutern, weil sie jeweils unter der Betragsgrenze von 5 Mill. EUR lagen.

TZ 4

9. Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung + 21,82 Mill. EUR

Erhöhungen in UG 30 Unterricht (+ 12,20 Mill. EUR) entstanden vorwiegend aufgrund des höheren Bedarfs an Neu- und Ersatzanschaffungen im Schulbereich. Weitere Abweichungen ergaben sich auch in anderen Untergliederungen, waren jedoch nicht zu erläutern, weil sie jeweils unter der Betragsgrenze von 5 Mill. EUR lagen.

In Bau befindliche Anlagen

10. In Bau befindliche unbewegliche Anlagen + 24,56 Mill. EUR

Erhöhungen, vor allem in UG 40 Wirtschaft (+ 19,50 Mill. EUR), betrafen die Weiterführung von Umbau- und Restaurationsarbeiten am Amtsgebäude Himmelpfortgasse/Johannesgasse (BMF) und im Museum des 20. Jahrhunderts.

Finanzanlagen

15. Beteiligungen - 513,11 Mill. EUR

- Verminderungen in UG 45 Bundesvermögen (- 870,57 Mill. EUR) betrafen insbesondere die Beteiligungen an
 - der Internationalen Bank (- 1,256 Mrd. EUR),
 - der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (- 350,59 Mill. EUR),
 - der Interamerikanischen Entwicklungsbank (- 116,21 Mill. EUR),
 - der Afrikanischen Entwicklungsbank (- 108,18 Mill. EUR) und
 - der Asiatischen Entwicklungsbank (- 80,31 Mill. EUR).

Gleichzeitige Erhöhungen der Beteiligungen entstanden bei

- der Verbund AG (+ 510,00 Mill. EUR),
- der Internationalen Entwicklungsorganisation (+ 306,08 Mill. EUR),
- dem Afrikanischen Entwicklungsfonds (+ 106,19 Mill. EUR),

Jahresbestandsrechnung

- dem Europäischen Entwicklungsfonds (+ 72,87 Mill. EUR) sowie
- der Österreichischen Nationalbank (+ 48,53 Mill. EUR).

Erhöhungen in

- UG 46 Finanzmarktstabilität (+ 219,77 Mill. EUR): Abrechnung der Anzahlung für die Beteiligung an der Kommunalkredit Austria AG.
- UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (+ 135,46 Mill. EUR): Erhöhung der Geschäftsanteile der ÖBf AG durch Umwandlung eines Teils der ungebundenen Kapitalrücklage.

16. Andere Wertpapiere des Anlagevermögens + 450,00 Mill. EUR

Die Erhöhung in UG 46 Finanzmarktstabilität (+ 450,00 Mill. EUR) betraf die Zeichnung von Partizipationskapital bei der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG.

Anzahlungen für Anlagen

17. Anzahlungen für Anlagen - 219,81 Mill. EUR

Verminderungen in UG 46 Finanzmarktstabilität (- 219,77 Mill. EUR) betrafen die Abrechnung der Anzahlung für die Beteiligung an der Kommunalkredit Austria AG.

II. UMLAUFVERMÖGEN**Flüssige Mittel**

5. Guthaben bei der BAWAG P.S.K. + 43,59 Mill. EUR

Erhöhungen in UG 20 Arbeit (+ 40,58 Mill. EUR) waren durch laufende Einzahlungen seitens der EU für das operationelle Programm Beschäftigung und Phasing Out 2007-2013 bedingt.

7. Guthaben bei sonstigen Kreditunternehmungen und Kassenverwaltung des Bundes - 1,857 Mrd. EUR

TZ 4

Verminderungen in

- UG 51 Kassenverwaltung (- 2,092 Mrd. EUR): geringere kurz- und langfristige Veranlagungen.
- UG 44 Finanzausgleich (- 8,61 Mill. EUR): geringere Guthabenstände bei verschiedenen Banken und Gesellschaften.

Erhöhungen in

- UG 13 Justiz (+ 148,71 Mill. EUR): vermehrte Hinterlegungen bei den Verwahrungsabteilungen der Oberlandesgerichte (vor allem durch eine hinterlegte Kautionshöhe von 100 Mill. EUR).
- UG 45 Bundesvermögen (+ 93,39 Mill. EUR): höhere Rückstellungen bei der OeKB.

8. Schwebende Geldgebarungen - 158,58 Mill. EUR

Verminderungen in

- UG 20 Arbeit (- 148,88 Mill. EUR): jahresendbedingte Verzögerungen in der Zahlungsabwicklung des Abrechnungskontos für das operationelle Programm Beschäftigung und Phasing Out 2007-2013.
- UG 16 Öffentliche Abgaben (- 28,18 Mill. EUR): höhere schwebende Geldgebarung durch die Zusammenlegung der Gebührenämter.
- UG 30 Unterricht (- 5,68 Mill. EUR): nicht abgebuchte Zahlungsaufträge durch die Umstellung der Abrechnungsmodalitäten (Kassabuchführung-Ablöse durch HV-SAP) für nachgeordnete Dienststellen.

Erhöhungen in

- UG 44 Finanzausgleich (+ 16,06 Mill. EUR): aufgrund von Korrekturbuchungen, die durch das BMF veranlasst worden waren.
- UG 33 Wirtschaft (Forschung) (+ 11,01 Mill. EUR): aufgrund unterschiedlicher Zahlungen, die am letzten Werktag des Jahres 2010 durchgeführt wurden; die entsprechende Buchung am Bankkonto erfolgte am ersten Werktag des Jahres 2011.

Jahresbestandsrechnung

Forderungen

11. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen + 608,29 Mill. EUR

Erhöhungen in

- UG 46 Finanzmarktstabilität (+ 397,10 Mill. EUR): erstmalige Darstellung der Forderungen an Haftungsentgelten gemäß Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) und Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG).
- UG 43 Umwelt (+ 138,35 Mill. EUR): Einbuchung von alten, höchst wahrscheinlich uneinbringlichen, Forderungen betreffend Ersatzvornahmen (vorwiegend betreffend Fischer-Deponie) (s. auch ERTRÄGE/Gebühren und Kostenbeiträge).
- UG 24 Gesundheit (+ 37,59 Mill. EUR): vorwiegend aufgrund der Erfassung einer erst am 1. Jänner 2011 fälligen Zahlung bereits im Jahr 2010 (Dotierung des Krankenkassen-Strukturfonds mit 40 Mill. EUR für das Jahr 2011).
- UG 13 Justiz (+ 28,90 Mill. EUR): vorwiegend aufgrund höherer Forderungen bei Gebühren und Ersätzen in Rechtssachen:
- UG 45 Bundesvermögen (+ 6,11 Mill. EUR): höhere Forderungen an Haftungsentgelten.

12. Forderungen aus Darlehen + 601,74 Mill. EUR

Die Erhöhungen in UG 45 Bundesvermögen (+ 603,65 Mill. EUR) resultierten vorwiegend aus Darlehen betreffend Zahlungsbilanzunterstützung an Griechenland (+ 607,38 Mill. EUR).

14. Fällige Forderungen aus voranschlagswirksamen Vorschüssen
+ 43,92 Mill. EUR

Die Steigerung der Forderungen in UG 25 Familie und Jugend (+ 42,37 Mill. EUR) entstand durch die Zunahme der Forderungen aus Unterhaltsvorschüssen im Bereich sonstiger familienpolitischer Maßnahmen.

15. Forderungen aus voranschlagsunwirksamen Vorschüssen
+ 30,10 Mill. EUR

TZ 4

Erhöhungen in UG 13 Justiz (+ 40,42 Mill. EUR) sind auf die Auszahlung von gegenüber dem Vorjahr höheren Unterhaltsvorschüssen durch die vier Oberlandesgerichte zurückzuführen.

Rückgänge in UG 16 Öffentliche Abgaben (- 6,19 Mill. EUR) entstanden durch das, im Unterschied zu 2009, positive Aufkommen der Kammerumlage.

17. Forderungen aus gegebenen Anzahlungen - 31,40 Mill. EUR

Verminderungen in

- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (- 18,92 Mill. EUR): Abrechnung gegebener Anzahlungen bzw. Verminderung von offenen Zahlungsbeträgen durch Teilabrechnungen.
- UG 13 Justiz (- 9,94 Mill. EUR): vorwiegend aufgrund der Abrechnung von Akontozahlungen an den Verein WOBES und an das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder.

18. Nicht fällige Forderungen aus Währungstauschverträgen - 3,459 Mrd. EUR

Verminderungen entstanden in UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge durch die Tilgung von Währungstauschverträgen (- 2,977 Mrd. EUR) und Devisentermingeschäften (- 1,592 Mrd. EUR).

Dem standen Erhöhungen durch die günstigere Devisenkursentwicklung (+ 1,110 Mrd. EUR) gegenüber.

20. Sonstige Forderungen + 1.348 Mrd. EUR

Erhöhungen in

- UG 25 Familie und Jugend (+ 667,70 Mill. EUR): vorwiegend aufgrund höherer Forderungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen zur Abgangsdeckung 2010 (+ 689,90 Mill. EUR).
- UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (+ 610,44 Mill. EUR): höhere Forderungen durch einen höheren Bestand an Wertpapieren im Bundesbesitz.
- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (+ 14,27 Mill. EUR): aufgrund von Bilanzabgrenzungsbuchungen (Bilanzsplitting) durch die BRZ GmbH.

Jahresbestandsrechnung

- UG 23 Pensionen (+ 9,79 Mill. EUR): höhere Forderungen im Bereich der Besoldung.

Verminderungen in

- UG 16 Öffentliche Abgaben (- 322,71 Mill. EUR): geringere fällige Forderungen der Ertragsanteile von Einkommen- und Vermögensteuern an Länder und Gemeinden (- 207,26 Mill. EUR) und Bilanzabgrenzungsbuchungen (- 234,11 Mill. EUR); gleichzeitig stiegen die Abgabeforderungen der Zoll- und Finanzämter (+ 118,74 Mill. EUR).
- UG 13 Justiz (- 80,22 Mill. EUR): geringere Forderungen bei Strafgeldern.

Haushaltsrücklagen

21. Haushaltsrücklagen - 1,093 Mrd. EUR

Siehe die gleich bezeichnete Position unter Passiva.

III. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Aktive Rechnungsabgrenzung - 228,08 Mill. EUR

Verminderungen in

- UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (241,85 Mill. EUR): hauptsächlich aufgrund geringerer Begebung von Finanzschulden (- 677,64 Mill. EUR); dem standen höhere Tilgungen von Finanzschulden (+ 449,02 Mill. EUR) gegenüber.
- UG 16 Öffentliche Abgaben (- 19,66 Mill. EUR): geringere Akontozahlungen an den Hauptverband Österreichischer Sozialversicherungsträger und für den Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger.
- UG 32 Kunst und Kultur (- 10,27 Mill. EUR): geringere Vorlaufzahlungen für die Bundestheater.

TZ 4

Erhöhungen in

- UG 30 Unterricht (- 24,30 Mill. EUR): vermehrte Zahlungen im Vorlaufzeitraum.
- UG 31 Wissenschaft und Forschung (- 9,31 Mill. EUR): Vorlaufzahlungen an die Betreiber der Fachhochschulen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus den Förderverträgen.
- UG 23 Pensionen (- 8,53 Mill. EUR): höhere Vorlaufzahlungen der Pensionen für Beamte.

IV. KAPITALAUSGLEICH

Der schließliche Kapitalausgleich betrug 132,237 Mrd. EUR. Er erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 6,249 Mrd. EUR. Auf die Ausführungen unter TZ 4.1 dieses Berichtes wird verwiesen.

PASSIVA**I. RÜCKLAGEN**

1. Haushaltsrücklagen - 1,093 Mrd. EUR

Bei den in der UG 51 Kassenverwaltung verrechneten Haushaltsrücklagen veränderte sich der Stand der Rücklagen entsprechend den im Finanzjahr 2010 erfolgten Zuführungen und Inanspruchnahmen (Entnahmen bzw. Auflösungen).

Die Verminderung der Haushaltsrücklagen war vor allem auf die Verminderung der Ausgleichsrücklage um 677,21 Mill. EUR zurückzuführen, da von der Österreichischen Bundesregierung

- der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG zur Bewältigung der Wirtschaftskrise Partizipationskapital (450,00 EUR) zur Verfügung gestellt wurde,
- ein Restrukturierungsbeitrag (Gesellschafterzuschuss) an die KA Finanz AG (75,00 Mill. EUR) geleistet wurde und
- der Finanzminister ermächtigt wurde, gemäß Artikel 51 des Budgetbegleitgesetzes 2009 auf Forderungen des Bundes gegenüber Gebietskrankenkassen in Höhe von 150,00 Mill. EUR zu verzichten.

Jahresbestandsrechnung

Im Übrigen war die Verminderung der Haushaltsrücklagen auf die um

- 276,83 Mill. EUR verminderten besonderen Rücklagen;
- 56,62 Mill. EUR verminderten besonderen Aufwendungen-Rücklagen;
- 39,66 Mill. EUR verminderten Rücklagen aus zweckgebundenen Einnahmen sowie
- 34,09 Mill. EUR verminderten allgemeinen Rücklagen zurückzuführen.

Einzelheiten sind der TZ 3.6 und den Tabellen A.5.1 bis A.5.5 sowie B.2.3.3.1 bis B.2.3.3.5 im Band 2 zu entnehmen.

III. SCHULDEN

1. Schulden aus Lieferungen und Leistungen + 23,92 Mill. EUR

Erhöhungen in UG 24 Gesundheit (+ 39,15 Mill. EUR) beruhten vorwiegend auf der Erfassung einer erst am 1. Jänner 2011 fälligen Zahlung bereits im Jahr 2010 (Dotierung des Krankenkassen-Strukturfonds mit 40 Mill. EUR für das Jahr 2011).

Verminderungen in UG 42 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (-12,47 Mill. EUR) entstanden durch die Begleichung der Schulden aus dem INVEKOS-Vertrag (Ausbezahlung von Marktordnungsprämien und Leistungsabgeltungen als Direktzahlungen durch die Agrarmarkt Austria) für die Jahre 2009 und 2010.

2. Schulden aus voranschlagsunwirksamen Erlägen + 329,65 Mill. EUR

Erhöhungen in

- UG 13 Justiz (+ 190,64 Mill. EUR): aufgrund vermehrter Hinterlegungen bei den Verwahrungsabteilungen der Oberlandesgerichte, vor allem eine hinterlegte Kautionshöhe von 100 Mill. EUR.
- UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (+ 154,62 Mill. EUR): höhere Cash-Collateral-Barsicherheiten (+ 236,78 Mill. EUR) bei gleichzeitigen Verminderungen durch geringere Wertpapierpensionsgeschäfte (- 82,00 Mill. EUR).

TZ 4

- UG 16 Öffentliche Abgaben (+ 41,71 Mill. EUR): hauptsächlich aufgrund höherer Verwahrnisse der Finanzverwaltung wegen der Neueinrichtung des Finanzamts für Gebühren, Verkehrsteuern und Glücksspiel.

Verminderungen in

- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (- 38,16 Mill. EUR): geringere EU-Mittelzuweisungen im Bereich der Förderung Trans-europäischer Netze (TEN).
- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (- 7,83 Mill. EUR): hauptsächlich bei den Positionen Erwerbsteuer und Sonstige Verwahrnisse aufgrund periodengerechter Steuerabfuhr und weniger ungeklärter Einzahlungen.
- UG 15 Finanzverwaltung (- 6,66 Mill. EUR): vorwiegend aufgrund höherer Lohnsteuerauszahlungen an das Finanzamt.

5. Nichtfällige Schulden aus Währungstauschverträgen
– 4,260 Mrd. EUR

Verminderungen in UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge erfolgten durch die Tilgung von Währungstauschverträgen (- 3,215 Mrd. EUR) und von Devisentermingeschäften (- 1,636 Mrd. EUR).

Dem standen gleichzeitige Erhöhungen durch eine höhere Devisenkursentwicklung (+ 590,42 Mill. EUR) gegenüber.

6. Sonstige Schulden – 1,253 Mrd. EUR

Verminderungen in

- UG 45 Bundesvermögen (- 1,702 Mrd. EUR) ergaben sich durch geringere Schulden gegenüber
 - der Internationalen Bank (- 1,256 Mrd. EUR);
 - der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (- 350,59 Mill. EUR);
 - der Interamerikanischen Entwicklungsbank (- 116,21 Mill. EUR);
 - der Afrikanischen Entwicklungsbank (- 108,17 Mill. EUR);
 - der Asiatischen Entwicklungsbank (- 88,28 Mill. EUR) und

Jahresbestandsrechnung

- dem Europäischen Entwicklungsfonds (- 26,23 Mill. EUR).
- Gleichzeitige Zugänge entstanden durch höhere Schulden gegenüber der Internationalen Entwicklungsorganisation (+ 196,07 Mill. EUR) sowie gegenüber dem Afrikanischen Entwicklungsfonds (+ 75,00 Mill. EUR).
- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (- 19,25 Mill. EUR): aufgrund Bilanzabgrenzungsbuchungen (Bilanzsplitting) durch die BRZ GmbH.
- UG 32 Kunst und Kultur (- 17,28 Mill. EUR): Bilanzabgrenzungsbuchungen.

Erhöhungen in

- UG 20 Arbeit (+ 32,84 Mill. EUR): gestiegene Verpflichtungen an das AMS zur Finanzierung der Verwaltungskosten für das Folgejahr und nichtfällige Schulden im Bereich der Arbeitsmarktförderung sowie der Leistungen nach dem AIVG.
- UG 15 Finanzverwaltung (+ 8,04 Mill. EUR): höherer Stand bei nicht VA-verbundenen sonstigen Schulden (unterschiedliche Verbuchung und Auszahlung der Lohnsteuer- und SV-Kreditoren).

7. Finanzschulden + 9,467 Mrd. EUR

Die Erhöhungen in UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (+ 9,467 Mrd. EUR) ergaben sich einerseits

- im Zusammenhang mit der Aufnahme neuer Finanzschulden (+ 8,328 Mrd. EUR);
- durch die höhere Devisenkursentwicklung (+ 1,317 Mrd. EUR) und
- andererseits durch Verminderungen aufgrund des Verkaufs von Wertpapieren im Bundesbesitz für die Rechtsträgerfinanzierung (- 178,35 Mill. EUR).

Einzelheiten sind in der TZ 6 und den Tabellen C.1.1.1-C.7.3.3 aus Band 2 zu entnehmen.

V. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Passive Rechnungsabgrenzung – 866,07 Mill. EUR

Verminderungen in

- UG 41 Verkehr, Innovation und Technologie (- 349,96 Mill. EUR) und UG 11 Inneres (- 15,76 Mill. EUR): geringere Zahlungen im Auslaufzeitraum.
- UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge (-348,95 Mill. EUR): vorwiegend aufgrund der Korrektur der Einzahlungen im Vorlaufzeitraum (betreffend Finanzschulden) (- 748,37 Mill. EUR) bei gleichzeitiger höherer Verrechnung von Zinsen für Finanzschulden im Auslaufzeitraum (+ 399,41 Mill. EUR).
- UG 20 Arbeit (- 152,12 Mill. EUR): vorwiegend aufgrund von Abschlussbuchungen durch die BRZ GmbH.
- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport (- 8,91 Mill. EUR): infolge der Vorgaben des BMF wurden im Auslaufzeitraum weniger Rechnungen dem Zahlungsvollzug zugeführt.
- UG 30 Unterricht (- 5,63 Mill. EUR): geringere Zahlungen im Vorlaufzeitraum.

Erhöhungen in

- UG 44 Finanzausgleich (+ 17,83 Mill. EUR): Finanzausweisungen gemäß § 20 Abs. 1 FAG 2008 zur Förderung von öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen.
- UG 13 Justiz (+ 9,65 Mill. EUR): höhere Zahlungen im Auslaufzeitraum im Bereich der Justizbehörden in den Ländern.

5. JAHRESERFOLGSRECHNUNG

5.1 Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung

Die Aufstellung einer Jahreserfolgsrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung) ist im Bundeshaushaltsgesetz⁷⁵ festgelegt. Dies gilt für den gesamten Bereich des Bundes sowie gesondert für betriebsähnliche Einrichtungen des Bundes. Die Aufgliederung der Aufwendungen und Erträge nach Aufwands- und Ertragsarten entspricht der in der Rechnungslegungsverordnung (§ 22 und Anlage 2 RLV) festgelegten Gliederung und gibt Auskunft über die Aufbringung der Mittel für die Erfüllung der Aufgaben des Bundes und deren Verwendung (Band 2, Tabelle B.3).

Infolge einer periodengerechten Rechnungsabgrenzung entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Bilanzierung weichen die Ergebnisse der Jahreserfolgsrechnung von denen der Voranschlagsvergleichsrechnungen ab.

Gemäß dem Grundsatz der Abgrenzung erfolgt in der Jahreserfolgsrechnung eine periodengerechte Zurechnung und Verbuchung von zeitraumbezogenen Vermögensänderungen (Aufwendungen, Erträge). Im Gegensatz dazu ist bei der voranschlagswirksamen Verrechnung der Zeitpunkt maßgebend, in dem die Einnahmen tatsächlich zugeflossen und die Ausgaben tatsächlich geleistet worden sind.

Die erste Etappe der Haushaltsrechtsreform führte auch zu Auswirkungen auf das Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung. Seit dem Jahr 2009 wird in der UG 58 (Finanzierung, Währungstauschverträge) nur mehr der Saldo zwischen Erträgen und Aufwendungen ausgewiesen („Nettodarstellung“ gemäß § 16 Abs. 6 BHG).

Für Zwecke der Vergleichbarkeit war es notwendig, die Vorjahreswerte anzupassen, welche damit von den in den Vorjahren veröffentlichten Werten abweichen können. Dies betrifft insbesondere die Positionen „Übrige Aufwendungen“ und „Übrige Erträge“.

Das Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung errechnet sich aus einer Gegenüberstellung der Aufwendungen und der Erträge des Bundes. Der sich daraus ergebende Unterschiedsbetrag wird entweder als ein Vermögenszugang bei den Aufwendungen oder als Vermögensabgang bei den Erträgen ausgewiesen.

⁷⁵ § 98 Abs. 2 Z. 3 bzw. 4 BHG.

TZ 5

Tabelle 82: Gesamtergebnis der Jahreserfolgsrechnung

		2009	2010	Veränderung 2009/2010	
		in Mill. EUR		in %	
Erträge		62.094,83	67.188,54	5.093,71	8,2
I.	Haupterträge	54.406,78	56.797,94	2.391,17	4,4
II.	Nebenerträge	7,30	6,35	- 0,95	- 13,1
III.	Wertberichtigungen	-	-		
IV.	Übrige Erträge	4.278,50	7.363,02	3.084,52	72,1
V.	Aktivierete Eigenleistungen	0,67	0,19	- 0,48	- 72,2
VI.	Bestandsmehrungen	12,96	169,65	156,69	1.208,7
VII.	Transfers	3.388,63	2.851,39	- 537,24	- 15,9
VIII.	Aufl. sonst. Rückl., Rückstell.	-	-		
Aufwendungen		67.103,39	74.228,15	7.124,76	10,6
I.	Aufwand für Bedienstete	12.291,40	12.467,24	175,83	1,4
II.	Öffentliche Abgaben	19,57	17,60	- 1,97	- 10,1
III.	Abschreibungen u. Wertbericht.	1.311,94	1.241,65	- 70,29	- 5,4
IV.	Übrige Aufwendungen	13.486,01	19.020,85	5.534,83	41,0
V.	Bestandsminderungen	29,89	23,25	- 6,64	- 22,2
VI.	Transfers	39.964,58	41.457,57	1.492,99	3,7
VII.	Zuf. sonst. Rücklag., Rückstell.	-	-		
Vermögensabgang		- 5.008,56	- 7.039,61	- 2.031,05	40,6

Da die Summe der Aufwendungen höher war als die Summe der Erträge, ergab sich sowohl 2009 als auch 2010 ein Vermögensabgang. Der Abgang erhöhte sich von - 5,009 Mrd. EUR im Jahr 2009 auf - 7,040 Mrd. EUR im Jahr 2010. Dies spiegelte den Anstieg des administrativen Defizits wider.



BRA 2010

Jahreserfolgsrechnung

5.2 Zusammensetzung der Aufwendungen und Erträge in der Jahreserfolgsrechnung

5.2.1 Aufwendungen

Tabelle 83: Jahreserfolgsrechnung des Bundes – Aufwendungen

Bezeichnung		2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010	
		in Mill. EUR						in %
I.	Aufwand für Bedienstete	11.072,23	11.327,14	11.819,31	12.291,40	12.467,24	175,83	1,4
II.	Öffentliche Abgaben	20,11	22,29	21,33	19,57	17,60	- 1,97	- 10,1
III.	Abschreibungen u. Wertbericht.	1.770,49	1.541,74	868,97	1.311,94	1.241,65	- 70,29	- 5,4
IV.	Übrige Aufwendungen	13.408,13	13.646,91	16.449,97	13.486,01	19.020,85	5.534,83	41,0
V.	Bestandsminderungen	10,97	28,55	15,57	29,89	23,25	- 6,64	- 22,2
VI.	Transfers	38.805,01	39.621,59	41.170,14	39.964,58	41.457,57	1.492,99	3,7
VII.	Zuf. sonst. Rücklag., Rückstell.	-	-	-	-	-	-	-
	Aufwendungen	65.086,94	66.188,22	70.345,30	67.103,39	74.228,15	7.124,76	10,6
VIII.	Vermögenszugang	520,50	-	-	-	-	k.A.	k.A.
	Summe Aufwendungen	65.607,44	66.188,22	70.345,30	67.103,39	74.228,15	k.A.	k.A.

Die Tabelle zeigt die Entwicklung der gesamten Aufwendungen in den Jahren 2006 bis 2010.

Im Jahr 2010 betrugen die Aufwendungen 74,228 Mrd. EUR (2009: 67,103 Mrd. EUR). Sie stiegen somit gegenüber dem Vorjahr um 7,125 Mrd. EUR (+ 10,6 %).

Die Gesamtübersicht über die Aufwendungen des Bundes 2010 gegliedert nach Aufwandsarten ist in der Tabelle B.4.1 im Band 2 dargestellt.

TZ 5

Tabelle 84: Zusammensetzung der Aufwendungen

Bezeichnung				Anteil an den Aufwendungen	
		2009	2010	2009	2010
		in Mill. EUR		in %	
I.	Aufwand für Bedienstete	12.291,40	12.467,24	18,3	16,8
II.	Öffentliche Abgaben	19,57	17,60	0,0	0,0
III.	Abschreibungen u. Wertbericht.	1.311,94	1.241,65	2,0	1,7
IV.	Übrige Aufwendungen	13.486,01	19.020,85	20,1	25,6
V.	Bestandsminderungen	29,89	23,25	0,0	0,0
VI.	Transfers	39.964,58	41.457,57	59,6	55,9
VII.	Zuf. sonst. Rücklag., Rückstell.	-	-	-	-
	Aufwendungen	67.103,39	74.228,15	100,0	100,0
VIII.	Vermögenszugang	-	-	k.A.	k.A.
	Summe Aufwendungen	67.103,39	74.228,15	k.A.	k.A.

Im Jahr 2010 wurden von den Aufwendungen in der Jahreserfolgsrechnung 55,9 % für Transfers, 25,6 % für übrige Aufwendungen und 16,8 % für Bedienstete aufgewandt. Deutlich geringer war die Bedeutung der Aufwendungen für öffentliche Abgaben, Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie Bestandsminderungen.

Nachstehend wird für einzelne Positionen der Aufwendungen in der Jahreserfolgsrechnung deren Zusammensetzung erläutert.



BRA 2010

Jahreserfolgsrechnung

Tabelle 85: Aufwand für Bedienstete⁷⁶

	2009		2010		Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
I. Aufwand für Bedienstete						
1. Aktivitätsaufwand	7.737,21	62,9	7.804,94	62,6	67,73	0,9
2. Pensionsaufwand	3.251,82	26,5	3.356,12	26,9	104,30	3,2
3. Gesetzlicher Sozialaufwand	1.302,37	10,6	1.306,18	10,5	3,80	0,3
	12.291,40	100,0	12.467,24	100,0	175,83	1,4
3. Gesetzlicher Sozialaufwand						
Aktive	994,80	76,4	991,05	75,9	- 3,75	- 0,4
Pensionisten	307,57	23,6	315,13	24,1	7,56	2,5
	1.302,37	100,0	1.306,18	100,0	3,80	0,3
Kumuliert:						
Aufwand für Aktive	8.732,01	71,0	8.795,99	70,6	63,97	0,7
Aufwand für Pensionisten	3.559,39	29,0	3.671,25	29,4	111,86	3,1
	12.291,40	100,0	12.467,24	100,0	175,83	1,4

Der Aufwand für Bedienstete in Höhe von 12,467 Mrd. EUR im Jahr 2010 gliedert sich wie folgt:

- Aktivitätsaufwand 7,805 Mrd. EUR
- Pensionsaufwand 3,356 Mrd. EUR
- Gesetzlicher Sozialaufwand 1,306 Mrd. EUR.

Der Anteil des Aktivitätsaufwands am Aufwand für Bedienstete betrug 62,6 % (2009: 62,9 %), jener des Pensionsaufwands 26,9 % (2009: 26,5 %) und jener für gesetzlichen Sozialaufwand 10,5 % (2009: 10,6 %).

Im Aktivitätsaufwand sind Geldbezüge von Beamten und Vertragsbediensteten inklusive Vorruhestandsgeld sowie diverse Zulagen und Entschädigungen enthalten.

⁷⁶ Aufgrund der periodengerechten Abgrenzung der Aufwendungen in der Jahreserfolgsrechnung stimmen die Zahlen nicht mit den Ausgaben gemäß der Voranschlagsvergleichsrechnung (TZ 3) überein.

TZ 5

Die höchsten Anteile der Geldbezüge der Beamten und Vertragsbediensteten sind in folgenden Untergliederungen zu finden:

- UG 11 Inneres: 1,442 Mrd. EUR
- UG 13 Justiz: 501,58 Mill. EUR
- UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport: 887,58 Mill. EUR
- UG 15 Finanzverwaltung: 1,325 Mrd. EUR
- UG 30 Unterricht: 2,418 Mrd. EUR

Der Pensionsaufwand findet sich überwiegend in UG 23 Pensionen (3,327 Mrd. EUR).

Unter dem gesetzlichen Sozialaufwand sind Dienstgeberbeiträge zu verstehen. Bei der Aufteilung auf Aktive und Pensionisten ergibt sich ein Verhältnis von 70,6 % zu 29,4 %.

II. Öffentliche Abgaben

Tabelle 86: Öffentliche Abgaben

	2009	2010	Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR	in Mill. EUR	in Mill. EUR	in %
II. Öffentliche Abgaben	19,57	17,60	- 1,97	- 10,1

An öffentlichen Abgaben wurden 17,60 Mill. EUR im Jahr 2010 aufgewendet (2009: 19,57 Mill. EUR). Diese Position beinhaltet öffentliche Abgaben, die der Bund selbst zu entrichten hat, wie z.B. Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen, Aufwendungen für Grundsteuer, Abgaben an Länder und Gemeinden sowie Aufwendungen für Kapitalertragsteuer.

III. Abschreibungen und Wertberichtigungen

Tabelle 87: Abschreibungen und Wertberichtigungen

	2009		2010		Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
III. Abschreibungen u. Wertbericht.						
1. Anlagevermögen						
Absetzung für Abnutzung	612,45	95,0	510,09	94,0	- 102,36	- 16,7
außerordentliche Absetzung für Abnutzung	1,77	0,3	2,77	0,5	1,00	56,7
Sonstige Abschreibungen	30,17	4,7	29,53	5,4	- 0,64	- 2,1
Schäden am Anlagevermögen	0,01	0,0	0,01	0,0	0,00	- 10,4
Abschreibung u. Wertbericht. auf Anlagevermögen	644,40	100,0	542,40	100,0	- 102,00	- 15,8
2. Umlaufvermögen						
Kassenabgänge u. sonst. Schäden am Umlaufvermögen	0,02	0,0	0,02	0,0	0,00	10,1
Abschreibung von Forderungen	73,01	10,9	141,54	20,2	68,54	93,9
Abschreibung von Forderungen in der Applikation "Besoldung"	5,62	0,8	6,49	0,9	0,87	15,4
Abschreibung von Forderungen bei den Finanzämtern	579,14	86,8	529,61	75,7	- 49,53	- 8,6
Abschreibung von Forderungen bei den Zollämtern	9,60	1,4	21,17	3,0	11,58	120,6
Abschreibung von Forderungen in der Applikation "Renten"	0,16	0,0	0,42	0,1	0,26	165,3
Abschreibung und Wertbericht. auf Umlaufvermögen	667,54	100,0	699,25	100,0	31,71	4,8
Abschreibung und Wertbericht. gesamt	1.311,94		1.241,65		- 70,29	- 5,4

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen betragen 1,241 Mrd. EUR (2009: 1,311 Mrd. EUR). Die Abschreibungen erfolgten zu 43,7 % zu Lasten des Anlagevermögens und zu 56,3 % zu Lasten des Umlaufvermögens.

Die höchste Abschreibung wurde für Straßenbauten – ASFINAG vorgenommen. Die übrigen Abschreibungen finden sich hauptsächlich in folgenden Bereichen:

- UG 41 Verkehr-, Innovation und Technologie: 446,16 Mill. EUR
- UG 30 Unterricht: 25,46 Mill. EUR,
- UG 11 Inneres: 19,31 Mill. EUR,
- UG 40 Wirtschaft (Burghauptmannschaft): 15,42 Mill. EUR und
- UG 13 Justiz: 11,03 Mill. EUR.

TZ 5

Bei den Abschreibungen im Umlaufvermögen handelt es sich um uneinbringliche Forderungen. Diese erfolgten in den Untergliederungen.

- UG 16 öffentliche Abgaben (Finanzämter): 537,28 Mill. EUR,
- UG 13 Justiz (Oberlandesgericht Wien): 53,42 Mill. EUR,
- UG 45 Bundesvermögen: 72,14 Mill. EUR und
- UG 25 Familie und Jugend: 26,80 Mill. EUR.

Die Nachweise der Abschreibungen von Forderungen gemäß § 13 RLV, die auf Grund der §§ 61 Abs. 4 und 62 BHG durchgeführt wurden, sind in Summe entsprechend der Voranschlagsgliederung getrennt nach fälligen und nicht fälligen Forderungen in der Tabelle A.4.1 im Band 2 enthalten.

IV. Übrige Aufwendungen

Tabelle 88: Übrige Aufwendungen

	2009		2010		Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
IV. Übrige Aufwendungen						
1. Geringwertige Gebrauchsgüter	46,55	0,3	48,51	0,3	1,96	4,2
2. Werkstoffe, Handelswaren, Verbrauchsgüter	334,12	2,5	345,84	1,8	11,73	3,5
3. Fremdbearbeitungen	0,52	0,0	0,56	0,0	0,04	6,7
4. Reisegebühren und Fahrkostenzuschüsse	153,13	1,1	153,01	0,8	- 0,12	- 0,1
5. Aufwandsentschädigungen	150,98	1,1	148,52	0,8	- 2,46	- 1,6
6. Werkleistungen	12,78	0,1	14,25	0,1	1,48	11,6
7. Freiwilliger Sozialaufwand	17,80	0,1	19,85	0,1	2,05	11,5
8. Energiebezüge	116,21	0,9	115,48	0,6	- 0,73	- 0,6
9. Instandhaltung durch Dritte	297,72	2,2	307,37	1,6	9,65	3,2
10. Transporte durch Dritte	421,05	3,1	410,60	2,2	- 10,45	- 2,5
11. Zinsenaufwand	6.760,26	50,1	6.951,84	36,5	191,57	2,8
12. Erlösberichtigungen	11,18	0,1	35,36	0,2	24,18	216,3
13. Sonstige Aufwendungen	4.123,89	30,6	9.295,34	48,9	5.171,45	125,4
14. Vergütungen und Überweisungen an Organe des Bundes	574,58	4,3	712,41	3,7	137,83	24,0
15. Anlagen für Zwecke des Bundesheeres	465,24	3,4	461,91	2,4	- 3,33	- 0,7
	13.486,01	100,0	19.020,85	100,0	5.534,83	41,0

Jahreserfolgsrechnung

Den größten Anteil an den Übrigen Aufwendungen haben die sonstigen Aufwendungen mit 48,9 %, gefolgt vom Zinsenaufwand mit 36,5 %.

Die höchsten Anteile an den sonstigen Aufwendungen sind in folgenden Untergliederungen zu finden:

UG 11 Inneres: 375,03 Mill. EUR, davon entfallen auf

- Entgelte für sonstige Leistungen von Firmen und juristischen Personen (124,28 Mill. EUR);
- Ausgaben für Funktionäre und sonstige bezugsähnliche Zahlungen (49,84 Mill. EUR);
- sonstige Miet- und Pachtzinse, inkl. Fuhrparkmanagement (115,47 Mill. EUR);
- Leistungen der Post (33,61 Mill. EUR) und
- Rechts- und Beratungskosten (20,17 Mill. EUR).

UG 14 Militärische Angelegenheiten und Sport: 280,03 Mill. EUR, davon entfallen auf

- Entgelte für sonstige Leistungen von Firmen und juristischen Personen (108,32 Mill. EUR);
- Aufwand an der Ableistung des Präsenz- und Zivildienstes (80,12 Mill. EUR);
- Ausgaben für Funktionäre und sonstige bezugsähnliche Zahlungen (39,24 Mill. EUR);
- Miet- und Pachtzinse (28,27 Mill. EUR).

UG 15 Finanzverwaltung: 321,46 Mill. EUR, davon entfallen auf

- Leistungsentgelte BRZ (105,12 Mill. EUR);
- Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen (56,65 Mill. EUR);
- Mieten an die BIG und Betriebskosten (41,86 Mill. EUR);
- Technische Kooperationsleistungen (14,61 Mill. EUR) und
- Postgebühren (13,21 Mill. EUR).

TZ 5

UG 20 Arbeit: 401,76 Mill. EUR, davon entfallen 398,84 Mill. EUR auf Werk- und sonstige Leistungen von gewerblichen Betrieben, Firmen und juristischen Personen.

UG 30 Unterricht: 492,65 Mill. EUR (darin enthalten sind unter anderem rd. 274 Mill. EUR an BIG-Mieten und Betriebskosten).

UG 45 Bundesvermögen: 4,411 Mrd. EUR, davon entfallen auf

- Aufwand aus der Änderung von Forderungen (Gebührenrichtigstellung) 4,375 Mrd. EUR;
- Transaktionskosten (Vereinbarung BIG Nachbesserung) 10,34 Mill. EUR;
- Bankanteil an Haftungsentgelten (jur. Personen) 18,15 Mill. EUR.

UG 51 Kassenverwaltung: 301,03 Mill. EUR an Kursverlusten.

UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge: 851,12 Mill. EUR, davon entfallen auf den

- Aufwand aus der Änderung von Forderungen (Gebührenrichtigstellung) 2,060 Mrd. EUR, demgegenüber stehen geringere Emissionsdisagio bei Schulden in heimischer und fremder Währung - 1,209 Mrd. EUR.

Im Zinsenaufwand finden die Zinsenverpflichtungen durch Finanzschuldenaufnahmen in der UG 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge ihren Niederschlag.

Vergütungen und Überweisungen an Organe des Bundes waren wie folgt enthalten:

- UG 20 Arbeit: 26,91 Mill. EUR,
- UG 24 Gesundheit: 140,00 Mill. EUR,
- UG 25 Familie und Jugend: 55,71 Mill. EUR,
- UG 44 Finanzausgleich: 203,64 Mill. EUR,
- UG 51 Kassenverwaltung: 281,54 Mill. EUR.

V. Bestandsminderungen

Tabelle 89: Bestandsminderungen

	2009		2010		Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
V. Bestandsminderungen						
1. Erzeugnisse	0,23	0,8	0,68	2,9	0,45	194,0
2. Anlagevermögen	29,48	98,6	22,54	97,0	- 6,94	- 23,5
3. Umlaufvermögen	0,18	0,6	0,03	0,1	- 0,15	- 84,5
	29,89	100,0	23,25	100,0	- 6,64	- 22,2

Der Aufwand für Bestandsminderungen betrug 23,25 Mill. EUR und betraf zu 97,0 % das Anlagevermögen.

VI. Transfers

Tabelle 90: Transfers

	2009		2010		Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
VI. Transfers						
1. An Träger öff. Rechts u. Unternehmungen	30.249,26	75,7	31.493,61	76,0	1.244,34	4,1
2. An Haushalte und private Institutionen	9.487,30	23,7	9.687,41	23,4	200,11	2,1
3. An das Ausland	228,01	0,6	276,55	0,7	48,54	21,3
	39.964,58	100,0	41.457,57	100,0	1.492,99	3,7

Die Transfers betragen 41,458 Mrd. EUR (2009: 39,965 Mrd. EUR). Der Aufwand für Transfers stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,493 Mrd. EUR an (+ 3,7 %).

Die Aufwendungen aus Transfers an Träger öffentlichen Rechts und Unternehmungen setzen sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- UG 20 Arbeit – PV-Beitrag für Bezieher von Arbeitslosenleistungen (1,109 Mrd. EUR),
- UG 21 Soziales und Konsumentenschutz – Zahlungen an Sozialversicherungsträger für Pflegegeld (1,430 Mrd. EUR),
- UG 22 Sozialversicherung – Bundesbeitrag und Partnerleistung für Pensionen, Transfers an Sozialversicherungsträger (9,238 Mrd. EUR),

TZ 5

- UG 23 Pensionen – Pensionen für Beamte in ausgegliederten Rechtsträgern (2,992 Mrd. EUR), Ersätze für Pensionen der Landeslehrer (1,118 Mrd. EUR),
- UG 30 Unterricht – Transferzahlungen an Länder für Landeslehrer (3,331 Mrd. EUR) und
- UG 31 Wissenschaft und Forschung – Transfers an Universitäten, insb. Überweisung von Globalbudgets (2,521 Mrd. EUR).

Die Transfers an Haushalte und private Institutionen betrafen insbesondere folgende Untergliederungen:

- UG 20 Arbeit – Arbeitslosengeld (1,622 Mrd. EUR), Notstandshilfe (939,21 Mill. EUR),
- UG 25 Familie und Jugend – Kinderbetreuungsgeld (987,82 Mill. EUR), Familienbeihilfen (3,505 Mrd. EUR).

5.2.2 Erträge

Tabelle 91: Jahreserfolgsrechnung des Bundes – Erträge

Bezeichnung		2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2009/2010	
		in Mill. EUR						in %
I.	Haupterträge	55.377,65	58.838,42	60.738,35	54.406,78	56.797,94	2.391,17	4,4
II.	Nebenerträge	5,44	5,67	5,79	7,30	6,35	-0,95	- 13,1
III.	Wertberichtigungen	-	-	-	-	-	-	-
IV.	Übrige Erträge	3.512,57	2.691,14	4.283,20	4.278,50	7.363,02	3.084,52	72,1
V.	Aktivierte Eigenleistungen	0,14	0,17	0,12	0,67	0,19	- 0,48	- 72,2
VI.	Bestandsmehrungen	3.467,10	10,54	6,86	12,96	169,65	156,69	1.208,7
VII.	Transfers	3.244,53	2.951,75	3.109,88	3.388,63	2.851,39	- 537,24	- 15,9
VIII.	Aufl. sonst. Rückl., Rückstell.	-	-	-	-	-	-	-
	Erträge	65.607,44	64.497,68	68.144,20	62.094,83	67.188,54	5.093,71	8,2
IX.	Vermögensabgang	-	1.690,54	2.201,09	5.008,56	7.039,61	k.A.	k.A.
	Summe Erträge	65.607,44	66.188,22	70.345,30	67.103,39	74.228,15	k.A.	k.A.

Die Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge in den Jahren 2006 bis 2010.

Jahreserfolgsrechnung

Die Erträge beliefen sich ohne Vermögensabgang auf 67,189 Mrd. EUR (2009: 62,095 Mrd. EUR) und stiegen gegenüber dem Vorjahr um 5,094 Mrd. EUR (+ 8,2 %).

Die Gesamtübersicht über die Erträge des Bundes 2010 gegliedert nach Ertragsarten ist in der Tabelle B.4.2 im Band 2 dargestellt.

Tabelle 92: Zusammensetzung der Erträge

Bezeichnung				Anteil an den Erträgen	
		2009	2010	2009	2010
		in Mill. EUR		in %	
I.	Haupterträge	54.406,78	56.797,94	87,6	84,5
II.	Nebenerträge	7,30	6,35	0,0	0,0
III.	Wertberichtigungen	-	-	-	-
IV.	Übrige Erträge	4.278,50	7.363,02	6,9	11,0
V.	Aktivierete Eigenleistungen	0,67	0,19	0,0	0,0
VI.	Bestandsmehrungen	12,96	169,65	0,0	0,3
VII.	Transfers	3.388,63	2.851,39	5,5	4,2
VIII.	Aufl. sonst. Rückl., Rückstell.	-	-	-	-
	Erträge	62.094,83	67.188,54	100,0	100,0
IX.	Vermögensabgang	5.008,56	7.039,61	k.A.	k.A.
	Summe Erträge	67.103,39	74.228,15	k.A.	k.A.

Anteilmäßig stellten sich die Erträge wie folgt dar:

- Haupterträge 84,5 %
- Übrige Erträge 11,0 %
- Transfers 4,2 %

Nachstehend wird für einzelne Positionen der Erträge in der Jahreserfolgsrechnung deren Zusammensetzung erläutert.

TZ 5

I. Haupterträge

Tabelle 93: Haupterträge

	2009		2010		Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
I. Haupterträge						
1. Erlöse aus Lieferungen	17,59	0,0	17,25	0,0	- 0,34	- 1,9
2. Erlöse aus Leistungen	14,00	0,0	13,28	0,0	- 0,73	- 5,2
3. Gebühren und Kostenbeiträge	1.707,82	3,1	2.363,97	4,2	656,16	38,4
4. Vergütungen und Überweisungen	660,46	1,2	708,80	1,2	48,34	7,3
5. Direkte Abgaben	30.355,45	55,8	31.420,11	55,3	1.064,66	3,5
Brutto-Einnahmen	41.172,34	74,8	42.557,84	74,9	1.385,50	3,4
Ab-Überweisungen	- 10.816,89	- 19,7	- 11.137,73	- 19,6	- 320,84	3,0
6. Indirekte Abgaben	21.651,46	39,8	22.274,53	39,2	623,08	2,9
Brutto-Einnahmen	33.776,18	61,4	34.873,96	61,4	1.097,78	3,3
Ab-Überweisungen	- 12.124,73	- 22,0	- 12.599,42	- 22,2	- 474,70	3,9
	54.406,78	100,0	56.797,94	100,0	2.391,17	4,4

Die Haupterträge von 56,798 Mrd. EUR setzen sich nach Berücksichtigung der Ab-Überweisungen im Wesentlichen zu 55,3 % aus direkten Abgaben und zu 39,2 % aus indirekten Abgaben zusammen. Als direkte Abgaben werden jene Steuern und Abgaben bezeichnet, bei denen Steuerzahler und Steuerträger nach Absicht des Gesetzgebers identisch sein sollen, z.B. Einkommen-, Lohn- oder Körperschaftsteuer. Bei indirekten Steuern und Abgaben wird davon ausgegangen, dass der Steuerzahler die Steuerbelastung weiterwälzen kann, z.B. Umsatzsteuer, Energieabgabe oder Versicherungssteuer. Ab-Überweisungen sind jene Anteile der vereinnahmten Steuern und Abgaben, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen (z.B. Finanzausgleichsgesetz, Krankenanstaltenfinanzierungsgesetz, ASVG) an Länder, Gemeinden oder andere Träger des öffentlichen Rechts überwiesen werden.

Jahreserfolgsrechnung**Direkte Abgaben**

Die wichtigsten Positionen der direkten Abgaben sind nachfolgend brutto angeführt:

- Übrige Lohnsteuer: 19,379 Mrd. EUR;
- Einkommen- und Vermögensteuern an Länder 6,409 Mrd. EUR;
- Übrige Körperschaftsteuer: 4,530 Mrd. EUR;
- Gewerbesteuer an die Gemeinden: 3,394 Mrd. EUR;
- Übrige Einkommensteuer: 2,543 Mrd. EUR;
- Kapitalertragsteuer auf Zinsen: 1,306 Mrd. EUR;
- An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfe (Abgeltung): 1,263 Mrd. EUR;
- Übrige Kapitalertragsteuer: 1,261 Mrd. EUR.

Indirekte Abgaben

Die wichtigsten Positionen der indirekten Abgaben sind nachfolgend brutto angeführt:

- Mehrwertsteuer: 22,739 Mrd. EUR;
- Überweisungen an Länder: 7,044 Mrd. EUR;
- Sonstige Steuern an Gemeinden: 4,200 Mrd. EUR;
- Mineralölsteuer: 3,858 Mrd. EUR;
- Motorbezogene Versicherungssteuer: 1,554 Mrd. EUR;
- Tabaksteuer: 1,543 Mrd. EUR;
- Versicherungssteuer: 1,018 Mrd. EUR.

Gebühren und Kostenbeiträge

Aufgrund höherer Haftungsentgelte gemäß Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) konnten in UG 46 Finanzmarktstabilität Mehrerträge (+ 486,74 Mill. EUR) erzielt werden.

TZ 5

Die Mehrerträge in UG 43 Umwelt (+ 138,47 Mill. EUR) entstanden durch die Einbuchung von alten Forderungen betreffend Ersatzvornahmen (vorwiegend betreffend Fischer-Deponie).

II. Nebenerträge

Tabelle 94: Nebenerträge

	2009		2010		Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR		in Mill. EUR		in Mill. EUR	in %
II. Nebenerträge	7,30		6,35		- 0,95	- 13,1

Die Nebenerträge sanken um 13,1 % (- 0,95 Mill. EUR). Diese Position beinhaltet unter anderem Erträge aus Betriebsküchen, Veranstaltungen und verrechnete Privatanteile von Kommunikationsaufwendungen.

IV. Übrige Erträge

Tabelle 95: Übrige Erträge

	2009		2010		Veränderung 2009/2010	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
IV. Übrige Erträge						
1. Erlöse für Gebrauchs- und Verbrauchsgüter	14,35	0,3	14,88	0,2	0,53	3,7
2. Zinsenerträge	115,91	2,7	65,29	0,9	- 50,62	- 43,7
3. Erträge aus Beteiligungen	674,22	15,8	881,67	12,0	207,45	30,8
4. Sozialbeiträge	607,26	14,2	596,19	8,1	- 11,08	- 1,8
5. Aufwandsberichtigungen	424,07	9,9	51,35	0,7	- 372,72	- 87,9
6. Sonstige Erträge	2.442,70	57,1	5.753,65	78,1	3.310,95	135,5
	4.278,50	100,0	7.363,02	100,0	3.084,52	72,1